

ROT DORN



Linke Jugendzeitschrift aus Berlin & Brandenburg



**ARBEITE!
KONSUMIERE!
GEHORCHE!**

**... ODER SUCH
NACH ANDEREN WEGEN!**

Geneigte Leserin, geneigter Leser,

viel ist seit der letzten Rotdornausgabe im Mai 2007 passiert. Zunächst die weltweit beachteten Proteste gegen die Politik der G8, die auch den Schwerpunkt der letzten Ausgabe darstellten. Dann die Vereinigung von PDS und WASG zu einer neuen linken Partei im Juni 2007. Seither mischt »DIE LINKE.« die Parteienlandschaft auf und liegt in Umfragen konstant bei zweistelligen Werten.

Nicht zuletzt erreichte im September die Terrorgefahr Deutschland, als Konsequenz des Kriegs in Afghanistan. Allen Themen gehen wir in der neuen Ausgabe nach.

Daneben stehen Entwicklungen im Ausland im Blickpunkt der aktuellen Ausgabe. Ein neuer polnischer Rotdornautor beleuchtet das politische Ende der Kaczyński-Zwillinge. Der Irakkrieg, die Wahlen in Guatemala und die Revolution in Venezuela sind weitere Auslandsthemen der Ausgabe.

Vielen Dank für die E-Mails, Postkarten (siehe vorletzte Seite) und Gespräche über die letzte Rotdornausgabe. Wir haben diesmal einige Reaktionen veröffentlicht.

Unsere regelmäßige Radiosendung hat seit Juli 2007 eine neue Sendeschiene: Jeden zweiten und vierten Montag um 20 Uhr senden wir live über die Frequenzen des Offenen Kanals Berlin (in Berlin über Antenne 97,2 MHz oder im Kabelradio 92,6 MHz und per livestream www.okb.de/radiostream.htm). Über ein Zuhörertelefon habt ihr die Möglichkeit mitzudiskutieren. Bisherige Radiosendungen mit unterschiedlichsten Themenschwerpunkten könnt Ihr Euch auf unserer Homepage (www.rottdorn.org) als mp3-File anhören und herunterladen.

Falls Euch die aktuelle 48. Ausgabe anspricht, könnt Ihr ebenfalls auf unserer Homepage bisherige Rotdornausgaben einsehen.

Eine schöne Zeit bis die nächste Rotdornausgabe traditionell zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Mitte Januar erscheint.

Eure Rotdornredaktion

MACH MIT BEIM ROTDORN!
KLUGE KÖPFE UND HELFENDE HÄNDE GESUCHT

Inhalt

Leitartikel: Wie weiter nach Heiligendamm?.....	Seite 03
Die Rotdornredaktion – Wer wir sind und was wir wollen.....	Seite 07
Interview: Graf von Sponeck zur Lage im Irak.....	Seite 08
Antimilitarismus: Die Bundeswehr in Afghanistan.....	Seite 09
Europa: Regierungskrise in Polen.....	Seite 10
CD-Tipp: »Irie Révoltés«.....	Seite 11
Zur Gründung der Partei »DIE LINKE.«.....	Seite 12
Brandenburg: Antifaschismus im Westhavelland.....	Seite 13
Vorstellung: »Mehr Demokratie e.V.«.....	Seite 14
»Drei auf einen Streich« – Aktuelle Volksbegehren in Berlin.....	Seite 15
Medien: Die Berichterstattung über die G8-Proteste.....	Seite 16
Lateinamerika: Venezuelas sozialistische Revolution.....	Seite 17
Lateinamerika: Wahlen in Guatemala.....	Seite 17
»Politisches Neusprech« – Diesmal: »Eigenverantwortung«.....	Seite 18
Impressum; Termine; Leserbriefe.....	Seite 19

Seit nun mehr 16 Jahren erscheint der Rotdorn dreimal jährlich mit einer Auflage von 9 000 Stück und versteht sich als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Mit einer breiten Themenvielfalt und dem Rotdorn-Radio, bieten wir vielfältige Möglichkeiten sich politisch zu engagieren:

- Einfluß auf redaktionelle Entscheidung nehmen
- Eigene Artikel veröffentlichen
- Interviews mit politischen Persönlichkeiten oder Organisationen führen
- Ideen, konstruktive Kritik oder eigene Themen einbringen
- Veranstaltungen organisieren
- Layout und Design des Rotdorns gestalten
- Musikvorschläge und Beiträge für das Rotdorn-Radio einbringen
- Glossen, Kolumnen, Gedichte oder Satiren schreiben und veröffentlichen
- Kontakte zu politischen Organisationen knüpfen
- Den Rotdorn verteilen

Dich erwartet ein sympathisches, aufgeschlossenes und kreatives Team beim Rotdorn. Alle Entscheidungen innerhalb der Redaktion werden demokratisch getroffen und es gibt keine Hierarchien. Jeder bringt sich nach seinen Vorstellungen ein. Wir treffen uns jeden Mittwoch um 19:30 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus im solid-Büro im 1. Stock (Kleine Alexanderstr. 28 / Nähe U+S-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz, neben der Volksbühne). Du kannst uns auch eine E-Mail an rottdorn@gmx.de schreiben. Wir würden uns freuen, Dich kennen zu lernen!

Anzeige

Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman (Hrsg.)
Eine andere Welt. Das Weltsozialforum
Texte 15 der Rosa-Luxemburg-Stiftung
505 Seiten, Broschur, 19,90 €
ISBN 978-3-320-02054-5



Georg Fülberth, Michael R. Krätke
Neun Fragen zum Kapitalismus
Texte 36 der Rosa-Luxemburg-Stiftung
71 Seiten, Broschur
6,90 €
ISBN 978-3-320-02102-3

www.dietzberlin.de
www.rosalux.de



178 Seiten, Broschur mit Abb.
9,90 €, ISBN 978-3-320-02109-2

Ezequiel Adamovsky

ANTIKAPITALISMUS FÜR ALLE

DIE NEUE GENERATION EMANZIPATORISCHER BEWEGUNGEN

Die wichtigste Frage des Antikapitalismus lautet: Wie verwandeln wir unseren ständigen Widerstand in eine Kraft, die den Kapitalismus als Ganzes abschaffen kann? Der neue Antikapitalismus ist Erbe der vergangenen Kämpfe. Aber natürlich ist er anders – weil er aus der Vergangenheit gelernt hat. Der neue Antikapitalismus hat kein einheitliches und geschlossenes Programm, und vielleicht wird er nie eins brauchen. Das heißt nicht, dass er keine konkrete Ideen darüber hat, wie die Welt zu verändern ist.

dietz berlin
Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung **rls**

Der Mythos von der Trias »Die Linke«, soziale Bewegungen und Gewerkschaften in den Sozialprotesten

Die Proteste gegen das G8-Treffen in Heiligendamm waren ein großer Erfolg. Zum einen konnte das Treffen durch Blockaden gestört werden. Zum anderen gelang es der außerparlamentarischen Opposition, sich Gehör für ihre Inhalte zu schaffen. Nun kommt es darauf an, den Protest zu verstetigen und auf die lokale Ebene herunter zu brechen. Dabei könnte eine gezielte und bewusste Zusammenarbeit der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und der neuen Linkspartei von entscheidender Bedeutung sein. Der Politologe Prof. Peter Grotian analysiert für den Rotdorn Zustand und Chancen der Trias.

Zu entschlüsseln ist eine relativ einfache Beobachtung. »DIE LINKE.«, soziale Bewegungen und die Gewerkschaften bekräftigen übereinstimmend, dass eine neoliberale Politik der sozialen Entregung und Arbeitslosigkeit nur durch ein mächtiges Bündnis von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und parlamentarischen Kräften aus der Partei »DIE LINKE.« sowie der Rest-Linken in der SPD aufgehoben werden kann. Sie betonen eine relativ breite programmatische Übereinstimmung: Totalrevision von HartzIV, stattdessen eine Grundsicherung, die ihren Namen verdient, Mindestlöhne zwischen 7 bis 10 Euro pro Stunde, solidarische Arbeitsumverteilung und Zukunftsprojekte der kommunalen Infrastruktur.

Natürlicherweise sind die Vorstellungen über Protest- und Konfliktformen in dieser Trias ver-

schieden, aber immerhin gibt es eine wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Protestlogiken von Streik, Demonstration oder Belagerung von Arbeitsagenturen. Im merkwürdigen Gegensatz zur Beschwörung von Gemeinsamkeiten steht die Beobachtung, dass bis heute diese drei Bündnispartner – jenseits von Konferenzen und Podiumsdiskussionen – nicht einmal in einen kommunikativen Arbeitsprozess eingetreten sind, um sich zu vermitteln, Gemeinsamkeiten zu bündeln und gemeinsame politische Projekte auszuloten. Jenseits der gemeinsamen Vorbereitung einer Demonstration – jeder Bünd-

nispartner sitzt an seinem eigenen Tisch, keine zweitägige Arbeitskonferenz der gemeinsamen Anstrengung wird unternommen, um die Arbeitstische zusammen zu schieben und nach konsensfähigen Strategien zu suchen.

Die Frage ist, woran liegt das und wie könnte die Separierung überwunden werden.

Das Interesse an sich selbst

Ich vertrete die These, dass bei den Gewerkschaften DGB, ver.di und IG Metall und der Partei »DIE LINKE.« das Interesse an sich selbst und die damit verbundenen Überlebensstrategien eine reale Bündnisöffnung systematisch blockiert haben und diejenigen Kräfte, die innerhalb der jeweiligen Organisationen eine Bündnisbreite anstreben, nur eine starke Minderheit werden konnten.

So gesehen ist die Trias nicht, weil sie sich an gegensätzlichen Positionen zerrieben hätte, ein Mythos geblieben, sondern weil die Machtstrukturen in den Organisationen primär ihre Organisationen und nicht auch die potentielle Bündnisbreite im taktischen und strategischen Kalkül hatten. Die neuen sozialen Bewegungen der Sozialproteste waren nach den ersten großen Erfolgen der HartzIV-Proteste von der fälschlicherweise wahrgenommenen anschließenden Niederlage so dezimiert, dass sie ihre Kooperations- und Protestpotentiale nur noch auf einer bescheidenen Flamme von Aktivitäten präsentieren konnten und deshalb als realer Machtfaktor in der Trias weitgehend ausgefallen sind. So gesehen konnten die sozialen Bewegungen weder provozierende Angebote des zivilen Ungehorsams noch »Masse« auf die Waage der Trias bringen, um »DIE LINKE.« oder die Gewerkschaften kooperativ wirklich herauszufordern.

Wahrnehmung von Erfolgen und Niederlagen

Das Grunddilemma der sozialen Bewegungen in den Sozialprotesten besteht in dem Paradox mit den HartzIV-Protesten bei

► weiter auf Seite 4



■ In kleinen Gruppen durch Wiese, Wald und Flur: Erfolgreiche Taktik zur Blockade des G8-Gipfels

den Gesetzen eine fast komplette Niederlage eingefahren, aber gleichzeitig damit gesellschaftliche Folgewirkungen produziert haben, die auch als mittelfristige Erfolge bewertet werden können:

- Der Gerechtigkeitsdiskurs in Gesellschaft, Parteien und Öffentlichkeit; der spezifische Zerfalls- und Zermürbungsprozess der SPD, der bis heute anhält und der SPD das Kainsmal der Asozialität aufgedrückt hat;
- der Aufstieg der Partei »DIE LINKE.«, der ohne die HartzIV-Proteste in diesem Ausmaß nicht denkbar ist;
- die wankelmütige Öffentlichkeit, auf die jedenfalls kein Verlass in der Exekution der Hartz-Gesetze mehr ist und schließlich
- die Bürgerinnen und Bürger selbst, die nach seriösen Einstellungsuntersuchungen zu schließen, in ihrer Mehrheit diese Form der Hartz-Gesetze nicht für eine angemessene sozialpolitische Strategie halten.

Man könnte sogar sagen, dass die in den Schröderschen Memoiren nach zu lesenden Machtprojektionen (Die SPD-Linke und die Gewerkschaftsvorsitzenden Peters und Bsirske untergraben die Mehrheitsfähigkeit der SPD) und die damit verbundene vorzeitige Beendigung der Wahlperiode von den Hartz-Protesten ausgelöst worden sind.

Das Problem für die neuen sozialen Bewegungen besteht darin,

dass sie sich entscheidend durch ihre eigene Wahrnehmung der »totalen Niederlage« geschwächt und sich von desaströsen Abschreibungen durch Regierung und Medien vom Ende September 2004 nicht mehr erholt haben. Die Medien vor allem – so weist die Forschergruppe um Dieter Rucht (WZB) nach – haben die Sozialproteste »niedergeschrieben« als noch 150 000 bis 200 000 Men-

»Selbstbestimmte Arbeit und ein Grundeinkommen sollten die Grundpfeiler einer Gesellschaft werden, in der eine »neue Arbeit« und ein Leben ohne Arbeit menschenrechtlich verankert sein sollte.«

schen an den Montagen demonstrierten. Die vor allem im Osten geglaubte Strategie, man versuche nach 1989 die zweite, soziale Revolution, brach rasch zusammen, obwohl deren lokale Netzwerke in ca. 80 Städten des Ostens und des Westens bis heute bestehen. Die sozialen Bewegungen formierten sich u.a. in dem »Aktionsbündnis Sozialproteste« und anderen Erwerbslosen-Initiativen.

Diese entwickelten eine Programmatik, die sich auf ein Grundeinkommen, aber auch an kurzfristigen Zielen wie der Erhöhung des AlgII – ohne Repressionsmaßnahmen – auf 500 Euro monatlich und einen stündlichen Mindestlohn von 10 Euro konzentrierte.

Daneben wurde eine solidarische Arbeitszeitumverteilung in Richtung einer flexiblen 30 Stundenwoche als neue Normalarbeitszeit gefordert. Selbstbestimmte Arbeit und ein Grundeinkommen sollten die Grundpfeiler einer Gesellschaft werden, in der eine »neue Arbeit« und ein Leben ohne Arbeit menschenrechtlich verankert sein sollte.

Die sozialen Bewegungen richteten sich in ihren Protestformen sehr offen aus und kooperierten mit dem DGB zur Vorbereitung der großen Demonstrationen in Berlin, Stuttgart, Köln und Frankfurt

2004. Die »gemeinsame Augenhöhe« fand zwar auf den Demonstrationen keinen wesentlichen Ausdruck – in Wahrheit landeten die sozialen Bewegungen, Attac und die Bürgerrechtsorganisationen am Katzentisch der DGB-Großdemonstrationen. Und da der DGB-Vorsitzende Michael Sommer den Demonstrationsteilnehmern nichts, aber auch gar nichts zu den zukünftigen gemeinsamen Kampfperspektiven zu sagen hatte, kamen auch keine Arbeitsprojekte in Gang, die über die Demonstrationen hinaus hätten wirken können.

Soziale Bewegungen ohne Stacheln

In der Folgezeit versuchten

die sozialen Bewegungen in einer Mixtur von autonomen und kooperierenden Protestformen ihre Wirkungsmacht zu entfalten. Dazu gehört der »Agenturschluss« vom 3. Januar 2005, der auf eine »symbolische Blockierung« der Hartz-Gesetze vor ca. 60 Arbeitsagenturen ausgelegt war, wie eine Bewegungs-Demonstration vom Juni 2005 in Berlin mit ca. 15 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, denen sich die Gewerkschaften nicht anschließen vermochten. Kleinere Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Belagerungen von Arbeitsagenturen, Schwarz-Fahraktionen und Attacks auf die Parteien der Großen Koalition waren eher lokale Erfolge.

Auf Gemeinsamkeiten setzte eine gemeinsame Demonstration im Oktober 2006 mit ca. 150 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in verschiedenen Städten und ein gemeinsamer Gesprächskreis, der von dem neuen DGB-Vorstandsmitglied, Annelie Buntenbach, geleitet wurde. Mit ver.di kamen die Kooperationen über Einzelkontakte, einzelnen Kampagnenkooperationen (Lidl) und einem Austausch auf Strategiekonferenzen nicht hinaus. Zuletzt klagte ver.di eine mangelnde Bewegungsunterstützung in der Abwehr der Arbeitszeitverlängerung ein. Bei der IG Metall gibt es seit längerer Zeit unter Leitung von Horst Schmittener einen Gesprächskreis mit den neuen sozialen Bewegungen, der sich in vielfältigen Aufrufen

Anzeige




Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname _____

Telefon _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich) _____

Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse

Name/Vorname _____

Telefon _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Ich bestelle das

Normalabo (mit. 27,90 Euro),
 Solidaritätsabo (mit. 35,90 Euro),
 Sozialabo (mit. 20,90 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bezahle das Abo

monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt).

per Einzugsermächtigung
 Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber _____

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Datum/Unterschrift _____

Als Dankeschön wähle ich eine der folgenden Prämien:

Christoph Twickel
Hugo Chávez. Eine Biografie
Seine vehemente Anti-Buch-Haltung hat ihn zur Galionsfigur der neuen Linken in Lateinamerika gemacht. Das Buch erzählt vom Aufstieg des zur Zeit einflussreichsten Politikers Lateinamerikas. Edition Nautilus, 2006, 352 S.



Dietrich Kittner
Sadisten. Wie ein Gesetz entsteht
Mit bisigem schwarzem Humor und verblüffender Logik zeichnet Kittner nach, wie die spezifische Befragung tatsächlich wieder Gesetz werden könnte, nicht nur in Abu Ghraib und Guantanamo, sondern auch im Land der Dichter und Denker. Independent entertainment. DVD, 50+26 Minuten



... den Hammer schmieden

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 0 30/53 63 55 44. Infos: www.jungewelt.de



■ Aktionen zivilen Ungehorsams: »Agenturschluss« von Arbeitsämtern Anfang 2005 (links); Ordnungswidrigkeiten als politischer Protest gegen die Preispolitik der BVG



und Stellungnahmen an die Öffentlichkeit gewendet hat, gleichzeitig aber kaum innergewerkschaftliche Folgen hatte.

Charakteristisch für ver.di, IG Metall und DGB ist, dass die Vermittlung von Kooperationen in die Organisationen selbst kaum angenommen wird. Frank Bsirske hielt zwar durchaus eine beachtenswerte Rede auf dem Sozialforum in Deutschland (SFiD) in Erfurt (2005), aber auf einer Kooperationssebene blieb sein Engagement fast folgenlos.

Kurz: Die Kräfte in den neuen sozialen Bewegungen sind aus anderen Gründen schwach wie diejenigen in den Gewerkschaften, die sich über eine Verbesserung der Beziehungen zu den sozialen Bewegungen nachhaltig einen Kopf machen.

»DIE LINKE.« in Bewegungsdynamik

Das Verhältnis der neuen sozialen Bewegungen zur Partei »DIE LINKE.« ist eher formal geblieben. Zwar unterstrich die Partei die Bedeutung der sozialen Bewegungen durch ein Vermittlungsbüro in der Bundestagsfraktion und dieses bemühte sich nach Kräften mittels Hearings, flankierenden parlamentarischen Anträgen und Stellungnahmen sowie praktischen

Unterstützungen, ein wechselseitiges Verstärkungsverhältnis zu produzieren. Aber insgesamt dominierte bei der Partei »DIE LINKE.« der Fusionsprozess und damit das Interesse an sich selbst, das diejenigen in Partei und Fraktion, die ein »neues Verhältnis« von sozialen Bewegungen und Partei zu gestalten versuchten, zu einer kleinen Minderheit machte. Das drückt sich in der übermäßig vorsichtigen Forderung der Partei nach monatlich 420 Euro Alg II ebenso aus wie in den halbherzigen Formulierungen zur solidarischen Arbeitsumverteilung.

Die Hartz IV-Proteste waren für die Partei nur in den Anfängen unterstützenswert, obwohl der Wert lokaler Bündnisse in den ostdeutschen Städten nicht geschmälert werden soll. Mit zivilen Ungehorsamsaktionen kann die Partei in Wahrheit wenig anfangen und benimmt sich so wie eine ganz normale Partei: auf den parlamentarischen und öffentlichen Raum konzentriert. In den Spitzen von Partei und Fraktion drückt sich in vielfältiger Form die Einsicht aus, dass die eigene Überlebensfähigkeit und die potentielle Machtbeteiligung wichtiger ist als die Dynamisierung einer relativ fundamentalistischen parlamentarischen Opposition. Soziale Bewegungen

kommen und gehen, Parteistrukturen stehen, so lässt sich das Dominanzverhältnis aus der Sicht der Parteiführung beschreiben.

Als ein zu entschlüsselnder Prozess entwickelt sich zur Zeit der eher versteckte, aber vehemente Annäherungsprozess von einzelnen Gewerkschaften und der Partei »DIE LINKE.«. Die Gewerkschaftsführungen spüren, dass die soziale Frage im weiteren Sinne bei der SPD nicht mehr aufgehoben ist und wechseln offen oder klammheimlich zur linken Partei über.

Es sieht so aus, als ob hier eine Verstärkung für die Partei »DIE LINKE.« erfolgt, die zumindest auf die klassische Verteidigung sozialpolitischer Positionen Einfluss hätte. Das Beispiel Norwegen zeigt, dass ein Stellungswechsel der Gewerkschaften zur norwegischen Linkspartei, die mit den Sozialdemokraten regiert, ein ungeheures Druckpotential auf die Sozialdemokratie mit inhaltlichen Folgen entfaltet hat. Es ist wahrscheinlich, dass die neuen sozialen Bewegungen dadurch nicht gestärkt werden, so sie ihrerseits Druck nicht verstärken können.

Zur aktuellen Beschreibung der Trias-Konstellation gehört die Einsicht, dass sich in den Rostock- und Heiligendamm-Protesten eine 17- bis 30-jährige Protestgeneration zu Wort gemeldet hat, die globalisierungskritischen Themen und Konflikte mit sozialen Rechten verbinden will. Es ist völlig offen, ob die globalisierungskritischen Themen auf die lokalen Ebenen

► weiter auf Seite 6

■ 288 Milliarden Euro

... wurden allein im Monat August in Aktien an der Frankfurter Börse investiert. Bei circa 80 Millionen Deutschen würde jeder im Durchschnitt pro Monat für 3550 Euro Aktien erworben haben. War auch Dein Nettogehalt im August weit unter 3550 Euro? Statt einen guten Teil des Gewinns in Lohnerhöhungen zu investieren, die auch wieder die Umsätze im Einzelhandel erhöhen und damit die Binnenkonjunktur ankurbeln, zocken Konzerne und FinanzspekulantInnen mit Milliarden an der Börse.

■ Moscheebau in Heinersdorf

Der Bau der Moschee in Berlin-Heinersdorf ist schon seit langem geplant. Nach langen Diskussionen wurde im Sommer endlich der Grundstein gelegt. Trotzdem will die »IPaHB« (»Initiative Pankow Heinersdorfer Bürger«) das Grundrecht der Religionsfreiheit aushöhlen. Bei der Mobilisierung gegen die Moschee erhält sie aktive Unterstützung von der NPD und Kameradschaften. Während die CDU in Pankow den »Extremismus von links und rechts« geißelt, demonstrieren ihre Mitglieder gemeinsam mit der NPD gegen den Verfassungsgrundsatz der Religionsfreiheit.

Besonders hervorgeraten in der Hetze gegen die Moschee hat sich René Stadtkewitz (stellv. Vorsitzender der CDU-Pankow). Als auf sein Haus ein Anschlag verübt wurde, gab er sofort den Befürwortern der Moschee die Schuld. Aber schon nach kurzer Zeit gab die Polizei bekannt, dass nur noch im persönlichen Umfeld des CDU-Politikers nach den Tätern gesucht werde.

Zum Glück gibt es in Heinersdorf auch vernünftige Menschen. Diese haben sich in der »Initiative Heinersdorf öffne Dich« zusammengeschlossen. Hoffentlich werden sie sich gegen die Rassisten und Verfassungsfeinde der »IPaHB« durchsetzen.

► www.heinersdorf-oeffne-dich.de

► »Pankower Kreuzzüge« – ein ausführlicher Artikel erschien in Ausgabe 45, nachzulesen unter: www.rottdorn.org.

► Rotdorn Radio: »Der Neubau einer Moschee in Pankow-Heinersdorf«, zum Download unter: www.rottdorn.org.

+++++

» Zur aktuellen Beschreibung der Trias-Konstellation gehört die Einsicht, dass sich in den Rostock- und Heiligendamm-Protesten eine 17- bis 30-jährige Protestgeneration zu Wort gemeldet hat, die globalisierungskritischen Themen und Konflikte mit sozialen Rechten verbinden will. (...) Die Hoffnung wäre, dass die etablierten neuen sozialen Bewegungen durch die neue Protestgeneration selbst unter Druck geraten – und sich radikalisieren.«



■ »attac« bei den Anti-G8-Protesten

missglückte, Scharnierfunktion zwischen den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kirchengruppen u. a. hatte, der in den Sozialprotesten selbst, abgesehen von der Organisation einiger Demonstrationen, kein Akteur gewesen ist. Attac war maßgeblich bei den Anti-Bolkestein-Richtlinie-Protesten in Straßburg (2006) aktiv und beflügelte die programmatische Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen. Eine Verbindung zu den Straßenprotesten und zivilen Ungehorsamsaktionen hat Attac selbst nicht herstellen können und auch nur vereinzelt gesucht.

Zukunft der neuen Konstellation

Für die überschaubare Zukunft wird entscheidend sein, ob die neuen sozialen Bewegungen ihren eigensinnigen programmatischen wie zivil-ungehorsamen Part

wirklich übernehmen und damit ihr Druckpotential erneuern können. Ihr eigenes Potential ist noch immer sehr geschwächt. Das alles hängt u. a. von dem Neuausrichtungstreit von Attac ab und inwiefern von dort ein wirklicher Akteurspartner für die sozialen Bewegungen gewonnen werden kann. Orientiert sich Attac auf die Mitte der Gesellschaft oder zelebriert sich als »Partei neuen Typs«, ist mit einer inhaltlichen Radikalisierung von Sozialprotesten nicht zu rechnen.

Maßgeblich bei den sozialen Bewegungen wird sein, ob sie die ihr eigenen Protest- und Ungehorsamsformen praktizieren. Ende Oktober 2007 wird man sehen, ob der kleine Sturm auf die Parteizentralen der Großen Koalition nur ein Lüftchen gewesen ist. Wenn der Hungerstreik von HartzIV-Betroffenen nicht umsetzbar war, so sind andere zivile Ungehorsamsformen – Belagerungen, Störungen von Arbeitsagenturen und SPD-Parteizentralen, symbolische Provokationen à la »All-you-can-

»Für die überschaubare Zukunft wird entscheidend sein, ob die neuen sozialen Bewegungen ihren eigensinnigen programmatischen wie zivil-ungehorsamen Part wirklich übernehmen und damit ihr Druckpotential erneuern können. (...) Wenn der Hungerstreik von HartzIV-Betroffenen nicht umsetzbar war, so sind andere zivile Ungehorsamsformen – Belagerungen, Störungen von Arbeitsagenturen und SPD-Parteizentralen, symbolische Provokationen à la »All-you-can-eat-Armutsaktionen«, Proteste in den Reichtumszonen, Aktionen gegen Kinderarmut – unverzichtbar.«

eat-Armutsaktionen«, Proteste in den Reichtumszonen, Aktionen gegen Kinderarmut – unverzichtbar. Für die Trias von sozialen Bewegungen, »DIE LINKE.« und den Gewerkschaften scheint eine zweitägige, klösterliche Klausur das dringendste Desiderat, um das, was immer beschworen wird an notwendigen Gemeinsamkeiten, zu testen, sich zu vermitteln und daraus möglichst ein wenig mehr gemeinsame Konsequenzen zu ziehen.

♦ Peter Grottian



Der Autor ist Hochschullehrer für Politikwissenschaften an der FU Berlin und Bewegungsunternehmer in verschiedenen Sozial-, Stadt- und Arbeitsmarktbereichen in Kooperation mit den Sozialforen, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Attac, Aktionsbündnis Sozialproteste u. a.

► Fortsetzung von Seite 5

heruntergebrochen werden und die sozialen Fragen tatsächlich eine Verknüpfung erfahren können. Zunächst müsste diese Protestgeneration sprachmächtiger, selbstorganisationsfähiger und sichtbarer werden – auch und gerade gegenüber den oft traditionell wirkenden sozialen Bewegungen. Die Hoffnung wäre, dass die etablierten neuen sozialen Bewegungen durch die neue Protestgeneration selbst unter Druck geraten- und sich radikalisieren. Das Sozialforum in Deutschland (Cottbus) und der Global Action Day des Weltsozialforums (26. 01. 2008) werden ein Gradmesser dafür sein, ob solche neuen Konstellationen eine neue Chance eröffnen oder Rostock/Heiligendamm doch nur ein einmaliger Sonder-Event geblieben ist.

Attac ohne Attacke

Für die zukünftigen Perspektiven ist wesentlich, dass einer der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Akteure, Attac, zwar in Rostock eine wichtige, wenn auch oft

Anzeige

Internationale Konferenz

26. - 28. Oktober 2007

Alternative Wirtschaftsstrategien in Lateinamerika – Herausforderungen für die europäische Linke

Gemeinsame Veranstaltung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Lateinamerika (DIE LINKE.)

Die Absage an den Neoliberalismus stellt die progressiven Kräfte Lateinamerikas vor die Aufgabe, Sofortprogramme der wirtschaftlichen und sozialen Erholung zu verwirklichen, darüber hinaus aber auch Grundzüge eines alternativen Wirtschaftsmodells zu erarbeiten, das als Leitmodell der ökonomischen Politik für die Wende zu einer zukunftsfähigen und sozial gerechten Entwicklung dienen kann. Dabei gilt es realistisch bestehende und kurz- oder mittelfristig nicht zu verändernde Bedingungen der Weltwirtschaft zu berücksichtigen. Diese Kernfrage einer tragfähigen post-neoliberalen Entwicklung beginnt in der Diskussion der lateinamerikanischen Linken an Bedeutung zu gewinnen. Das XIII. Treffen des Forums von São Paulo, das dafür einige Prämissen unterbreitete, spricht von einem „lateinamerikanisch-karibischen Entwicklungsmodell“.

Was bedeutet eine gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung? Welche Grundzüge soll ein solches Modell aufweisen und welche Verallgemeinerungsfähigkeit haben diese Vorschläge? Welche Chancen hat eine alternative regionale Wirtschaftspolitik in der neoliberal globalisierten Welt? Wie können makroökonomische Spielräume ausgeweitet werden? Wie können Zukunftsvisionen und reale wirtschaftliche Gegebenheiten in ein realisierbares Handlungskonzept gebracht werden? Welche regionalen und internationalen Voraussetzungen sind zu schaffen und was können solidarische Kräfte in Europa dazu beitragen?

Das vollständige Tagesprogramm unter www.helle-panke.de

Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin
Eintritt: 1,50 €/Tag, am Sonnabend 5 € inkl. Mittagessen

Helle Panke
KOPENHAGEN STR. 9

Kopenhagener Str. 9
10437 Berlin

fon: (030) 47 53 87 24
fax: (030) 47 37 87 75

Zur Förderung von Politik,
Bildung und Kultur e.V.

e-mail: info@helle-panke.de
web: www.helle-panke.de

die rotdornredaktion

wer wir sind und was wir wollen

★ Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

★ Wir wollen gemeinsam ein profiliertes, ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation Linksjugend [solid] Berlin und Brandenburg.

★ Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Jugendbewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

★ Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung »das Alte« grundsätzlich in Frage

stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das momentane System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser »Kampf um die Köpfe« ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir ein in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

★ Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 15 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

★ Kein Redaktionsmitglied bekommt einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

★ Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit

völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den »Zapatistas« in Mexiko, über die »tute bianche« in Italien bis zu »attac« und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

★ Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

★ Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

★ Die parlamentarische Vertretung der Linken, die neue Bundestagsfraktion »DIE LINKE«, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat die neue Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausgegrenzten und »Überflüssigen« zu sein.

★ Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unseren Nachkommen gegenüber geschuldet.

★ Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

■ Am 11. September 1973, starb der chilenische Präsident Salvador Allende während eines von der CIA unterstützten Militärputsches. In seiner Präsidentschaft (1970-1973) versuchte er mit demokratischen Mitteln eine sozialistische Gesellschaft in Chile zu etablieren.



say the dirty word....

Die Linksjugend [solid] ist ein sozialistischer, antifaschistischer und feministischer Jugendverband. Es gibt uns, weil es genug Gründe gibt, wütend zu sein: Zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit, krasse Armut und die fortschreitende Prekarisierung, also die Verunsicherung sämtlicher Lebensbereiche im Kapitalismus. Nicht zu vergessen: Eva Herman, alte und neue Nazis, Studiengebühren, Ausbildungstau, die Demo-Verbote und ein Wirtschaftssystem, dass blindwütig und profitgierig auf den endgültigen Kollaps der Öko-Systeme zusteuert.

Es gibt uns, weil wir diese gesellschaftlichen Verhältnisse nicht hinnehmen, weil wir grundlegende Veränderungen wollen - wir sind ein antikapitalistischer Jugendverband. Wir streiten für eine Welt frei von Unterdrückung und Bevormundung, in der die Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Frei nach Karl Marx wollen wir so alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Wir sind die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE. Wir haben uns im März 2007 aus WASG-Jugendgruppen und den ehemaligen Jugendstrukturen der Linkspartei.PDS gegründet.

linksjugend [solid]

Wir wissen, dass die Linke dann stark sein kann, wenn sie vereint ist: RadikaldemokratInnen, KommunistInnen, SozialistInnen wie libertäre und ökologisch bewegte Linke. Wir stehen gegen die organisatorische Spaltung der Linken, wir streiten für einen neuen antikapitalistischen Aufbruch.

Wir greifen das Große im Kleinen an: in den Städten und auf dem Land. Im Kiez engagieren wir uns gegen die Schließung von Jugendclubs, wir wollen Verbesserungen im Bildungssystem und mobilisieren gegen die Privatisierung von Wohnungen und öffentlichen Dienstleistungen. Wir sehen uns als Teil einer emanzipatorischen Bewegung, sind im globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC, im »Aktionsbündnis gegen Studiengebühren« (ABS), im »Antifaschistischen Bündnis aktiver Fußballfans« (BAFF) und anderen linken außerparlamentarischen Zusammenschlüssen aktiv. Auf der europäischen Ebene sind wir Mitglied des »European Network of Democratic Young Left« (ENDYL) und nehmen regelmäßig an den Europäischen Sozialforen teil.

»Neue irakische Renaissance: Das Wort fiel neulich in einem Gespräch mit einem Führer des irakischen Widerstandes.«

Seit dem 19. März 2003 tobt der Irakkrieg und destabilisiert die ganze Welt. Im Rahmen unserer Radiosendung sprachen wir mit Hans-Christof Graf von Sponeck, ehemaliger humanitärer Koordinator der Vereinten Nationen im Irak und Leiter des Programms »Öl gegen Nahrungsmittel«.

Der Irak ist als Kriegsschauplatz tagtäglich präsent. Werfen wir zunächst einen Blick zurück. Welche Ursachen führten zum Krieg?

Die Kriegsursache war die lange vor dem März 2003 gefällte Entscheidung, für einen Regimewechsel in Bagdad zu sorgen. Sie hatte wenig zu tun mit dem Verlangen der internationalen Gemeinschaft nach mehr Menschenrechten in einem Land unter dem Diktator Saddam Hussein.

Die Entscheidung hatte aber sehr viel zu tun mit der Überlegung, dass der Irak ein Baustein werden sollte in der Machtstruktur der USA.

Aber dieser Baustein droht ja wegzubrechen. Offensichtlich ist so etwas wie ein Scheitern der USA im Irak zu beobachten.

Dass ist gelinde gesagt. Denn die ganze Politik der Amerikaner im Nahen Osten – es geht nicht nur um den Irak – mit Muskeln und Militär durchzuführen, ist natürlich vollkommen daneben gegangen. Das war vorauszusehen.

Andererseits kann man sich auch die Frage stellen: Warum werden die USA als mächtigste Militärmacht unseres Planeten mit einem Land wie dem Irak nicht fertig?

Weil das ein »David-und-Goliath-Verhältnis« ist und weil es neue Möglichkeiten der Reaktion auf unfaire Einflussnahme gibt.

Der Guerillakrieg ist der Krieg des kleinen Mannes, der nicht akzeptieren will und eigentlich auch nicht akzeptieren soll, dass man eine Hegemonie von außen in das Land bringt und das man angeblich versucht, mit Fallschirmen Demokratie einzuführen.



▪ Abu Ghraib, Sinnbild des Versagens der Besatzungsmächte im Irak. Links: Transparent auf einer Friedensdemo in New York; Rechts: Szenen aus dem berühmten Foltergefängnis.

In den Zeiten des Vietnamkrieges gab es noch die Wehrpflicht in den USA. Selbst dort haben die Vereinigten Staaten von Amerika verloren. Wäre es für die USA eine realistische Perspektive, noch mehr Truppen in den Irak zu senden?

Ich glaube, dass hat mit der Zahl der Soldaten gar nichts zu tun. Wir haben auf der einen Seite den Widerstand, der sich auf den Bildschirmen tagtäglich durch Bomben und Resistenz manifestiert.

Aber meine Information, ich habe immer noch sehr engen Kontakt mit dem Irak, ist die, dass das gesamte Spektrum der Gesellschaft gegen diese Okkupation eingestellt ist und sich mehr oder weniger an dem Widerstand beteiligt. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite ist das amerikanische Militär unvorbereitet, im Sinne des Verständnisses in welchem Land sie leben. Es ist zwar gut ausgerüstet, kennt sich aber nicht aus, kennt die soziologischen Verhältnisse

nicht, kennt die Geografie nicht und ist mit dem Klima nicht vertraut. Und damit haben sie eine sehr schwierige Situation, trotz ihrer guten Ausrüstung, gegenüber einem Volk, das vollkommen, jeden Tag immer mehr, gegen die ausländische Einwirkung eingestellt ist.

Wie sieht dann eine friedliche Option für den Irak aus? Wäre es möglich, dass sich die Besatzungstruppen zurückziehen und der Irak zum Frieden zurückfindet?

Zunächst ist die Voraussetzung für einen Heilungsprozess die Aufgabe der Okkupation im Irak.

Hans-Christof Graf von Sponeck, Jahrgang 1938, ist Sohn des Generalleutnants Hans von Sponeck, der Mitglied des militärischen Widerstandes um Graf von Stauffenberg war und am 23. Juli 1944 hingerichtet wurde. Ab 1998 war er UN-Koordinator für humanitäre Fragen im Irak. Im Februar 2000 reichte er aus Protest gegen die Sanktionspolitik des UN-Sicherheitsrates, die er verantwortlich für das Sterben mehrerer hunderttausender irakischer Kinder sah, seinen Rücktritt ein.



Die Truppen müssen sich zurückziehen nach England und Amerika. Das reicht natürlich nicht. Da würde ein Vakuum entstehen, was gefährlich für den verbleibenden Irak sein würde. Das heißt, es müsste begleitende Maßnahmen geben. Die UNO müsste eingeschaltet werden, die Arabische Liga muss eine Rolle spielen und Entscheidungsführer von allen Fraktionen im Irak müssen hinzugezogen werden.

Dieser Prozess der Versöhnung muss anfangen. Der kann auch beginnen. Die entscheidenden Figuren in dem Widerstand sind bereit, wie mir bekannt ist, eine neue irakische Renaissance einzuleiten. Das Wort fiel neulich in einem Gespräch mit einem Führer des irakischen Widerstandes. Man will die Spaltung, die durch die Okkupation entstanden ist, überbrücken. Zwischen Schiiten, Sunniten und den Kurden soll es zu einem Gespräch über die Zukunft eines integrierten Iraks kommen. Das ist möglich.

Und wenn die Amerikaner in der Geschichte später als ein Land dargestellt werden wollen, was zwar einen großen Fehler begangen hat, aber dann zum Schluss erkannt hat, dass man sich zurückziehen muss, dann sollten sie jetzt beginnen, mit den Führern des irakischen Widerstandes echte Kontakte aufzunehmen. Das wird schwer sein. Das braucht man aber nicht über die Medien tun, das kann diskret geschehen. Das wäre der Anfang für einen halbwegs ehrenvollen Abzug der Truppen.

✦ Rotdorn Radio vom 4. Juni 2007
Das vollständige Interview als mp3-File zum Download unter: www.rottdorn.org.

Nicht nur deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit...

Im sechsten Jahr des NATO-Krieges in Afghanistan wird der Öffentlichkeit zunehmend bewusst, dass der »Friedenseinsatz« der Nato in Afghanistan nichts anderes ist als ein Krieg von Besatzern gegen eine militante Opposition. Und dass die BRD und die Bundeswehr aktiv daran beteiligt sind. Die so genannte Friedensbewegung nutzte die Chance der zunehmenden öffentlichen Kritik und mobilisierte im Jahr Sechs nach Kriegsbeginn mit der Forderung »Bundeswehr raus aus Afghanistan« zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin.

Dieser Krieg wird maßgeblich durch die NATO geführt. In der NATO müssen Beschlüsse einstimmig gefasst werden. Jedes Mitgliedsland, unabhängig davon, ob es Truppen für den Krieg zur Verfügung stellt oder nicht, ist in der Verantwortung. Deshalb greift die Forderung nach dem Abzug deutscher Truppen aus Afghanistan zu kurz. Konsequenterweise müsste die Forderung sein, jede Unterstützung des Krieges zu beenden und in den entsprechenden NATO-Gremien die Zustimmung zu versagen. Dann würden auch »Zeichen gelebter Bündnissolidarität«, wie die Ausbildung kanadischer Soldaten auf Kampfpanzern Leopard 2, die den kanadischen Truppen für den Krieg im Süden Afghanistans kostenlos überlassen werden, unterbleiben.

Gegenwärtig sind etwa 50 000 ausländische Soldaten in Afghanistan. Davon operieren etwa 10 000 Soldaten, vorwiegend US-Amerikaner, im Rahmen des US-dominierten und -geführten Kriegs gegen den »internationalen Terrorismus« unter dem Titel »Operation Enduring Freedom - Afghanistan« (OEF-A). Die Bundeswehr kann laut Mandat bis zu 1 800 Soldaten im Rahmen von OEF einsetzen, da-

runter bis zu 100 »Spezialkräfte«. Das Mandat, das Mitte November 2007 ausläuft, wird seit 2001 jährlich erteilt. Was die Soldaten der Spezialkräfte in diesem Krieg anrichten, wann und wie sie es tun, wissen nur sie selbst und einige wenige Vorgesetzte. Eine Kontrolle durch den Bundestag findet nicht statt. Nach nicht überprüfbaren Äußerungen soll es seit 2005 keinen deutschen OEF-Einsatz durch »Spezialkräfte« in Afghanistan gegeben haben.

Die NATO-geführte »International Security Assistance Force« (ISAF) soll laut Mandat der Vereinten Nationen die afghanische Regierung bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit unterstützen. Begonnen hat das im Dezember 2001 mit einem auf sechs Monate begrenzten Mandat. Die Befürworter des Einsatzes gehen von einem noch mindestens zehn Jahre andauernden Einsatz aus.

Die Bundeswehr war von Anfang an mit dabei, und sowohl ihre Personalstärke als auch ihr Einsatzraum sind in Etappen ausgeweitet worden. Anfänglich »durfte« die Bundeswehr bis zu 1 200 Soldaten in und um Kabul einsetzen, vier Jahre später bereits 2 400 und seit Oktober 2005 bis zu 3 000 Soldaten im gesamten Afghanistan, wenn auch außerhalb Kabuls und des nördlichen Afgha-

nistans »nur zeitlich und im Umfang begrenzt«. Darüber hinaus beschloss der Bundestag im März 2007, offiziell zur Ergänzung des ISAF-Einsatzes, die Entsendung von Aufklärungskampfflugzeugen des Typs Tornado mit bis zu 500 Soldaten. Allerdings sind lediglich rund 200 Soldaten nötig, um die Tornadoeinheit in Afghanistan zu betreiben. Mit der Zusammenlegung dieser beiden Mandate, über die der Bundestag im Oktober zu entscheiden hat, soll dann die Bundeswehr bis zu 3 500 Soldaten im Rahmen eines Mandats in Afghanistan zum Kriegseinsatz bringen können, faktisch 300 mehr als mit dem gegenwärtigen ISAF-Mandat.

Die Bandbreite des Widerstands gegen die ausländischen Besatzer reicht von Guerilla- bis zu ausgewachsenen kleineren militärischen Operationen. Seit 2002 sind bis Ende August 2007 etwa 600 ausländische Soldaten in Afghanistan ums Leben gekommen, darunter 361 Angehörige der US-amerikanischen, 73 der britischen und 69 der kanadischen Streitkräfte. Das ISAF-Kontingente der Bundeswehr, das in reguläre Kampfhandlungen noch nicht involviert war, musste bisher 25 Soldaten aus der Besoldungsliste streichen.

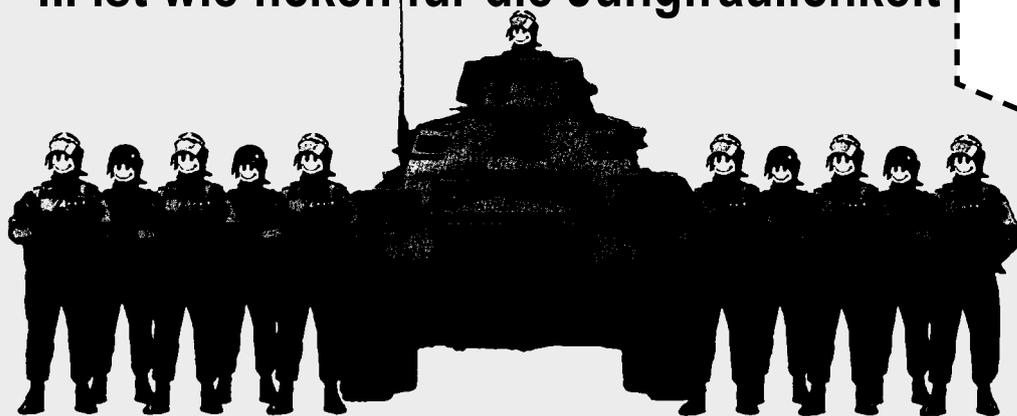
In einem aktuellen, vom Auswärtigen Amt verfassten »Bericht zur sicherheitspolitischen Lage in Afghanistan« wird festgestellt, dass es nicht nur eine »quantitative Zunahme der Anschläge« gäbe, sondern auch eine »qualitative« Veränderung durch eine »verfeinerte, subtilere Vorgehensweise der militanten Opposition zu beobachten« sei. Die Taktik, sich nach Angriffen auf ISAF-Kräfte in bewohnte Gebiete zurückzuziehen und die Zivilbevölkerung zum eigenen Schutz zu nutzen, »stellt die internationalen Truppen vor ein fast unlösbares Problem«.

Die Öffentlichkeit erfährt, wenn überhaupt, nur oberflächlich und zeitverzögert, in kleinen Häppchen dosiert von den mörderischen Aktivitäten der Nato. Eine Patrouille der ISAF fährt auf einen Sprengsatz und wird unter Beschuss genommen. Die Nato-Soldaten erwidern das Feuer und greifen die Aufständischen an. Diese ziehen sich sofort zurück und tauchen in einer Ortschaft unter. Dort schießen die Nato-Soldaten blindlings um sich und töten fünf unbeteiligte Zivilisten, darunter auch Kinder. Dies ist am 16. August 2007 im Süden Afghanistans geschehen. Es waren keine US-amerikanischen Soldaten, sondern europäische.

► weiter auf Seite 10

Bomben gegen Terror...

... ist wie ficken für die Jungfräulichkeit



Erst nach einer Woche sickerte diese Nachricht durch, allerdings durch die deutsche Presse weitgehend ignoriert.

Über die Zahl ziviler Opfer, die durch Kriegshandlungen der Nato-Streitkräfte zu beklagen sind, kann nur spekuliert werden. Nach Auskunft der Bundesregierung wird weder bei der Nato noch bei der Bundeswehr die Anzahl ziviler Opfer statistisch erfasst. Es gibt daran kein Interesse. Medienberichten zufolge sind in diesem Jahr bisher etwa 700 Unbeteiligte, darunter viele Kinder, durch ISAF-Soldaten getötet worden.

Sechs Jahre Krieg in Afghanistan – eine vernichtende Bilanz. Die Macht der Warlords und Drogenbarone ist ungebrochen. Korruption und Drogengeschäfte blühen. Die Sicherheitslage ist katastrophal. Humanitäre Organisationen stellen zunehmend ihr Engagement ein. Der Nato-Einsatz steht auf der Kippe. Der schlichten militärischen Logik folgend, fordern Nato-Generäle und verantwortliche Politiker der großen Koalition mehr Truppen, bessere Ausrüstung, mehr Material.

Einer Gesellschaft, die eine andere politische und kulturelle Identität hat, mit militärischer Gewalt ein politisches System nach westlichen Muster aufzuzwingen, kann nicht funktionieren. Afghanistan und Irak sind hierfür aktuelle Beispiele. Es ist ein Irrglaube, insbesondere der Gutmenschen, dass militärische »Friedenssätze« Gesellschaftsordnungen grundsätzlich transformieren können. Die Gutmenschen schlagen ja schließlich auch nicht ihre eigenen Kinder, um sie auf die von ihnen gewünschte Lebensspur zu setzen.

Das politische und militärische Engagement der USA und europäischer Staaten in Afghanistan ist nur aus geostrategischer Sicht erklärbar. Afghanistan liegt zwischen Pakistan und Iran, hat eine kurze Grenze mit China und eine über 2000 Kilometer lange Grenze zu den zentralasiatischen Staaten Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Es ist das Tor zu Zentralasien mit seinen großen Gasvorkommen. Als Transitland nimmt Afghanistan eine Schlüsselstellung ein, da hierfür Iran als dem Westen wohlgesonnener Staat kaum in Frage kommt. Und auch im Hinblick auf das weitere westliche Agieren gegenüber dem Iran ist Afghanistan unter strategischen Gesichtspunkten von erheblicher Bedeutung. Eingekeilt zwischen den westlichen Besatzern im Irak und am Hindukusch befindet sich der Iran zwischen zwei Fronten.

♦ **Ralf Siemens, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär**

➤ www.kampagne.de

➤ **Rotdorn Radio: »Der Bundeswehreininsatz in Afghanistan«**
Sendung vom 10. September 2007

➤ **Rotdorn Radio: »Die Situation in Afghanistan«**
Sendung vom 13. August 2007
Zum Download unter: www.rotadorn.org

Europa: Regierungskrise in Polen

Polens Regierung vor dem Aus

Die Kaczyński-Zwillinge sind zum Sinnbild der polnischen Politik geworden. Nun könnte, eher als gedacht, ihr politisches Ende kommen. Der polnische Autor Marek Znidericz zieht eine aktuelle Bilanz.

Anfang August wurde der polnische Innenminister Janusz Kaczmarek von der PiS, »Prawo i Sprawiedliwość« (Recht und Gerechtigkeit), ein Opfer von Kaczyńskis Machenschaften. Ihm wurde vorgeworfen, Informationen über eine geheime Anti-Korruptionsuntersuchung an Andrzej Lepper, dem Chef der rechtspopulistischen *Samoobrona* (Selbstverteidigung), weitergegeben zu haben. Ein heikler Vorwurf, denn Lepper stand selbst im Fadenkreuz dieser Untersuchung und gilt zudem als Erzrivale von Jarosław Kaczyński. Während

zu können. So ergab sich das bizarre Spektakel, dass der berüchtigte LPR-Bildungsminister Roman Giertych, Gründer der faschistisch-orientierten »*Młodzież Wszechpolska*« (Allpolnische Jugend), sich als Verteidiger der Demokratie gegen Kaczynski zu profilieren versuchte!

Trotz dieser Taktik wird die LPR bei den Wahlen wohl an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern und nicht in die *Sejm* einziehen. Das gleiche Schicksal droht auch der *Samoobrona*. Dies erklärt natürlich auch, warum die beiden Parteien gegen Neuwahlen gestimmt haben.



■ Akteure der polnischen Politik (v.l. n.r.): Der entlassene Innenminister Janusz Kaczmarek (PiS); Lech und Jarosław Kaczyński

sich Innenminister Kaczmarek außerhalb des Landes befand, wurde er von Kaczyński entlassen und zudem mit der Inhaftierung bedroht.

Um sich zu wehren, hat Kaczmarek den Missbrauch des Sicherheitsdienstes durch PiS für illegale Überwachung, Einschüchterung und Bloßstellung von oppositionellen Politikern, Journalisten und sogar Regierungsmitgliedern enthüllt. »Wir leben in einem totalitären Staat« sagte er. Dieser Skandal wird bereits als das »polnische Watergate« bezeichnet. Durch diese Entwicklung ist die Stabilität der Regierungskoalition zwischen der PiS und den zwei kleineren Parteien, der katholisch-nationalistischen LPR, »Liga Polkich Rodzin« (Liga der polnischen Familien), und der *Samoobrona* dahin. Ab Mitte August unterstützten LPR und *Samoobrona* Kaczmareks Vorwürfe, weswegen sie aus der Regierung entlassen wurden. Nun war die PiS isoliert und Neuwahlen waren nicht mehr zu umgehen.

Das polnische Parlament *Sejm* machte am 7. September 2007 den Weg für Neuwahlen zum 21. Oktober frei. Bis zuletzt konnte die PiS die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der sich mit den Vorwürfen Kaczmareks beschäftigen sollte, verhindern. Die kleinen Oppositionsparteien wollten den Aufklärungsprozess bereits vor den Neuwahlen einleiten, um ihre eigenen Wahlchancen ausbauen

■ Eine Übersicht über die im Parlament vertretenden Parteien Polens



PiS »Prawo i Sprawiedliwość«
(dt.: Recht und Gerechtigkeit)

- nationalkonservativ
- 2001 durch die Zwillingbrüder Lech und Jarosław Kaczyński gegründet



LPR »Liga Polkich Rodzin«
(dt.: Liga der polnischen Familien)

- rechtsradikal, nationalklerikal
- entstand 2001 aus mehreren katholisch/nationalen Gruppierungen



Samoobrona

- (dt.: Selbstverteidigung)
- rechtspopulistische Bauernpartei
- Gründung 1992
- programmatisch und ideologisch auf den Vorsitzenden Andrzej Lepper ausgerichtet



PO »Platforma Obywatelska«
(dt.: Bürgerplattform)

- neoliberal/konservativ
- gegründet 2001, seither in der Opposition



SLD

»Sojusz Lewicy Demokratycznej«
(dt.: Bund der Demokratischen Linken)

- war bis 1999 ein Zusammenschluß mehrerer linker Parteien, danach Gründung einer »regulären« Partei

Laut den letzten Meinungsumfragen kann die wichtigste Oppositionspartei, die neoliberale *PO* »Platforma Obywatelska« (Bürgerplattform), mit über 30 Prozent der abgegebenen Stimmen rechnen. Die *PiS* hat zwischen 22 und 30 Prozent Unterstützung, je nach Meinungsumfrage. Diese beiden Parteien werden sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern, wobei die Meinungsforscher die regierende *PiS* trotz der Krise aktuell im Aufwind sehen. Dies zeigt die Sprunghaftigkeit der polnischen Wähler, aber auch das Versagen der parlamentarischen Opposition, die den polnischen Arbeitern, Armen und Arbeitslosen keine für sie erkennbare Alternative anbieten und vermitteln konnte.

Die linke Mitte wird von einer Wahlallianz mit dem seltsamen Namen »Lewica i Demokraci« *LiD* (Linke und Demokraten) repräsentiert. *LiD* wird von der linken Partei *SLD* »Sojusz Lewicy Demokratycznej« (Bund der demokratischen Linken) dominiert, welche

Große Teile der polnischen Bevölkerung fürchten sich vor der Wirtschaftspolitik der *PO* und das ist ein Grund für die weiterhin hohe Unterstützung für die *PiS*, die sich als Verteidiger des einfachen Bürgers gegen große Firmen darstellt. Das bedeutet, zusammen mit der unbestreitbaren Propagandafähigkeit der Kaczyński-Zwillinge und der Unterstützung für die *PiS* durch die katholische Kirche, dass sie diese Wahl immer noch gewinnen könnte oder wenigstens in der Lage ist, die Lücke zum Ergebnis der *PO* zu füllen. Trotz der Skandale, in denen die Regierung zu ertrinken scheint. Im Falle eines hohen Wahlergebnisses für die *PiS* kann die Möglichkeit einer »Großen Koalition« zwischen *PiS* und *PO* nicht ausgeschlossen werden.

In jeder Umfrage erscheint eine ausreichende Mehrheit für die *PO* unwahrscheinlich, weswegen ein Koalitionspartner gesucht werden muss. Unglücklicherweise ist die *LiD* an dieser Rolle interessiert. In einem Interview für



ski (*PiS*); Aleksander Kwaśniewski (*SLD*); Donald Tusk (*PO*); Roman Giertych (*LPR*); Andrezej Lepper (*Samoobrona*)

durch ihre katastrophale Regierungsperiode 2001 bis 2005 bloßgestellt wurde. 2001 erhielt sie beispiellose 41 Prozent aller Stimmen. Die *LiD* kann mittlerweile nur noch mit 10 bis 15 Prozent der Stimmen rechnen.

Ungefähr jeder fünfte Wähler ist kurz vor der Wahl noch unentschieden. Dies ist ein Zeichen für die Unzufriedenheit mit den aktuellen Parteien, aber auch das Potential für Wandlungen in der Parteienunterstützung in den kommenden Wahlen.

Die *PO* steht für ein neoliberales Programm, mit Aspekten wie der Einheitssteuer von 10 Prozent für Geschäfte und 15 Prozent für den individuellen Steuerzahler. Dies ist gekoppelt mit großen Einschnitten bei staatlichen Sozialleistungen.

Die Propaganda für die Einheitssteuer hat bereits in den neoliberalen Medien eingesetzt. Die Titelseite der *Rzeczpospolita* (Republik) vom 28. August 2007 pries die Einheitssteuer: »Länder, die eine einheitliche Einkommenssteuer eingeführt haben, erfahren das höchste ökonomische Wachstum. (...) In diesem Teil Europas haben nur Polen, Deutschland, Ungarn und Weißrussland keine Einheitssteuer. (...) Ökonomen heben vor, dass in dieser Situation die Einführung der Einheitssteuer nur eine Frage der Zeit ist.«

die Nachrichtenagentur Reuters meinte der frühere polnische Präsident und jetzige Vorsitzende der *LiD* Aleksander Kwaśniewski: »Eine Koalition zwischen *PO* und *LiD* wäre politisch natürlich.« Er signalisierte bereits, dass die *LiD* einverstanden wäre, den *PO*-Vorsitzenden Donald Tusk gegen Lech Kaczyński in der Präsidentschaftswahl 2010 zu unterstützen. Kwasniewskis Kommentar zeigt den ideologischen Bankrott der *SLD*-Führung und den Grund, warum sie das Vertrauen der polnischen Arbeiterklasse immer mehr verliert.

Viele Polen sind erleichtert, dass der Albtraum der ungeteilten Macht der Kaczyński-Brüder bald ein Ende haben kann. Jede Schwächung der autoritären Macht der Kaczyńskis wird begrüßt. Jetzt liegt es an der polnischen Linken zu beweisen, dass der Kapitalismus keine endgültige und universelle Lösung für die Probleme der polnischen Bevölkerung ist.

♦ **Marek Znidericz**

Der Autor lebt in Warschau und ist Teil des Redaktionskollektivs der oppositionellen Gewerkschaftszeitung »Nowy Tygodnik Popularny« (Neue Allgemeine Wochenzeitung) und der Webseite www.socjalizm.org.

✦ **»Die Zivilgesellschaft wacht auf«**

In Ausgabe 46 thematisieren wir den Widerstand der polnischen Studenten gegen die Kaczyński-Zwillinge; nachzulesen unter: www.rottdorn.org.

■ **CD-Tipp**

IRIE RÉVOLTÉS



»Trag nicht nur'n Mikrofon, ich trag Verantwortung. Bin nur'n kleiner Teil des Kampfes gegen die herrschende Ordnung ...«

So ein Zitat aus dem neuen Album »Voyage« von Irie Révoltés. Der Ragga/Reggae/Dancehall-Band gelang ein herausragend grooviger und musikalischer Wurf. Die Heidelberger Band vereint neun Musiker und gründete sich bereits im Jahr 2000. Neben dem Späßeffect hat fast jeder Song einen moralisch-politischen Anspruch. Die tiefgehenden Texte sind in französischer, deutscher und englischer Sprache gehalten.

Irie Révoltés bleiben aber nicht bei gesellschaftskritischen Texten stehen, sondern mischen sich aktiv ein. So unterstützen sie häufig Demonstrationen.

»Politische Aktivität ist sehr wichtig. Um den Bandinhalten noch zusätzlichen Nachdruck zu verleihen, engagieren sich einige Mitglieder zusätzlich. So bietet Leadsänger Mal Élevé an Schulen und Einrichtungen die mit Jugendlichen arbeiten Kurse an Projekttagen an, bei denen er über Rechtsextremismus, Rassismus und gängige Vorurteile spricht. Dieses Projekt nennt sich »Courage«. Des Weiteren hat Mal Élevé zusammen mit einem Freund den Verein »Rollis für Afrika e. V.« gegründet, um damit konkret körperlich eingeschränkten Menschen in Afrika zu helfen.« berichtet die Band auf ihrer Internetpräsenz.

Für jeden der auf Irie-Vibes steht ist das Album ein Muss. Bleibt noch auf den nächsten Gig in Berlin hinzuweisen: 16. 11. 2007 Berlin in der »Maria am Ufer«. Besorgt Euch die Karten vorsichtshalber im Vorverkauf. Weitere Konzerttermine und Infos findet Ihr auf der Webseite der Band.

www.irie-revoltes.com



Die Tür wurde bereits mit den Bundestagswahlen im September 2005 aufgestoßen. Im Wahlbündnis erzielten Linkspartei.PDS und WASG damals auf Anhieb 8,7 Prozent, also rund 4,1 Millionen Stimmen. Das etablierte Vier-Parteien-System geriet damit aus den alten Fugen. Eine stabile regierungsfähige Mehrheit jenseits einer Großen Koalition hatte die vorgezogene Bundestagswahl nicht herbeigeführt. Auf der einen Seite stand das Ex-Regierungslager aus SPD und Bündnisgrünen, das für ein Konzept des begrenzten Sozialabbaus plädierte und dies damit begründete, auch für die zukünftigen Generationen die soziale Sicherung und den gesellschaftlichen Wohlstand gewährleisten zu wollen. Auf der anderen Seite fand sich das bürgerliche Lager, welches mit einem radikal-neoliberalen Entstaatlichungs- wie Deregulierungsprogramm die Agendapolitik Schröders noch steigern wollte, die Mehrheit allerdings ebenso verfehlt hatte wie Rot-Grün. Die im Lagerwahlkampf aufgestellten parteipolitischen Scheinalternativen umfassten keine Richtungsentscheidung. Es ging vielmehr darum, mit welcher Intensität der begonnene Umbau des Sozialstaats in einen neoliberalen Wettbewerbsstaat fortgesetzt und mit welcher politischen Rhetorik er begleitet werden sollte.

Diese Pattentscheidung der Lager und der kraftvolle Einzug der Linksfraktion in den Bundestag verwiesen auf einen sich abzeichnenden Wendepunkt. Der neoliberale Mythos, die Bundesrepublik würde mit dem anhaltenden Sozialabbau und der Steuerverteilungspolitik zulasten der lohnabhängig Beschäftigten den modernen Weg zum Wohlstand für alle gehen, hatte bereits deutlich zu bröckeln begonnen. Die sozialen Widersprüche hatten sich



Zur Gründung der Partei DIE LINKE.

Von Gespenstern und Zombies

unter Rot-Grün drastisch verschärft und vom Wirtschaftswachstum profitierten wahrnehmbar nur die Wohlhabenden und Großkonzerne.

Als DIE LINKE. sich im Juni 2007 dann offiziell gründete, lag sie in den Umfragen bereits bei 12 Prozent. Inzwischen ist klar, dass sie schon heute die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland verändert hat. Seit langem wird jetzt wieder über eine grundsätzliche politische Alternative zur Politik von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnisgrünen gesprochen. Das allgemeine politische Klima zeugt von der wachsenden Legitimationskrise der Parteien des Kapitals. Bei wichtigen Themen wie dem Afghanistankrieg, der Rente mit 67, Hartz IV, dem Mindestlohn oder der Bahnprivatisierung stehen diese Parteien konträr zu den Mehrheiten in der Bevölkerung.

Mit der linken Parteiegründung ist die soziale Frage also wieder kolossal in das öffentliche Bewusstsein eingebrochen. Die Verunsicherung der individuellen Lebenssituation, die Existenzangst ist ein Massenphänomen geworden. Das Selbstbild der Bundesrepublik als Mittelstandsgesellschaft, in der - wenn mensch sich nur anstrengt - eigentlich nichts schief gehen kann, ist quasi pulverisiert. Für viele geht immer mehr schief. Ende des letzten Jahres veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung die Ergebnisse ihrer Studie »Gesellschaft im Reformprozess« und stieß damit auch die so genannte Unterschichtendebatte los. Immerhin gaben 63 Prozent der Befragten an, dass sie Angst vor den gesellschaftlichen Entwicklungen hätten, 46 Prozent empfanden ihr Leben als ständigen Kampf und knapp 50 Prozent befürchteten, ihren Lebensstandard nicht mehr halten zu

können. Als bereits ins gesellschaftliche Abseits geschoben sahen sich 14 Prozent.

Die Situation ist für die SPD merkelig ungemütlich. Auf der einen Seite wird sie erdrückt von der Popularität der Kanzlerin, die wohlfeil die Familien- oder Klimapolitik für ihre Belange zu inszenieren weiß. Auf der anderen Seite wird die SPD immer weniger als Partei der sozialen Gerechtigkeit wahrgenommen. Der Vertrauensschwund selbst in den alten Hochburgen ist elementar und die Umfragewerte befinden sich weiterhin im Sinkflug. Etwas hilflos wirken deshalb auch die rhetorischen Angriffe auf die linke Konkurrenz. Selbst aus dem linken SPD-Flügel heraus notierte der ehemalige Juso-Vorsitzende Mikfeld vor kurzem in der Wochenzeitung *Freitag*, die linke Parteiegründung sei lediglich eine »Auferstehung der Zombielinken«, ein Hort der Vergangenheitsfixierung und damit Ausdruck und nicht Lösung der Krise der Linken. Die Rechnung ist einfach: wer die Sozialreformen in ihren Grundsätzen kritisiert, der ist nicht »Auf der Höhe der Zeit«. Letzteres ist übrigens der Titel des Buchs der designierten SPD-Vorständler Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier, in dem sie die SPD auffordern, konsequent am Agendakurs festzuhalten.

Der Erfolg der neuen Linken ist nicht nur selbstverschuldet. Sich im derzeitigen Höhenflug sicher zu fühlen, könnte auch schnell mit einem Absturz enden. Das Ziel, möglichst viele Wählerinnen und Wähler in eine aktive und selbst bestimmte, widerständige Politik einzubinden, um nicht nur die parlamentarischen, sondern eben auch die gesellschaftlichen Zustände nachhaltig zu ändern, ist noch lange nicht erreicht. Die parlamentarischen Erfolge der Linken müssen Auftakt und Ausdruck eines breiten zivilgesellschaftlichen linken Aufbruchs sein, sonst versiegen sie schnell unter dem institutionellen Anpassungsdruck. DIE LINKE. ist trotz ihrer 70 000 Mitglieder nur sehr unzureichend mobilisierungsfähig. Ihre gesellschaftliche Verankerung gerade im gewerkschaftlichen Bereich hat zugenommen, in der Breite aber betrachtet, steht die Partei noch vor vielen Baustellen.

Die Partei muss deshalb lernen, die politischen Konflikte nicht nur im Parlament kenntlich zu machen, sie muss sich als Partnerin der sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, als Plattform für die Kämpfe in den gesellschaftlichen Großkonflikten verstehen und beweisen. Ein solches Konzept einer Bewegungspartei muss innerhalb der Partei DIE LINKE. diskutiert und erarbeitet werden, ein solches Konzept würde den Grundstein legen, auch Motor wirklicher gesellschaftlicher Veränderungen zu werden.

♦ *Haimo Stierner*

✚ **Rotdorn Radio:** Sendung vom 18. Juni 2007
Der Autor zu Gast im Studio;
zum Download unter: www.rotdorn.org



Vereint gegen Nazistrukturen

Das westliche Havelland mit seinen beiden größeren Städten Rathenow und Premnitz ist schon seit Anfang der 1990er ein Schwerpunkt (neo)nazistischer Umtriebe, die vor allem in der Frühzeit als plakative Gewaltexzesse gegen ausländische Gastarbeiter, Flüchtlinge, Angehörige alternativer Subkulturen etc. in der Öffentlichkeit artikuliert wurden, während konkret politische Arbeit und Agitation bewusst klandestin ausgeführt wurden.

Der Terror der Rathenower und Premnitzer Kameradschaften musste damals zwangsläufig – wollte mensch weiter in der Region sesshaft bleiben – zu einer organisierten Gegenreaktion führen, so dass in den Jahren 1992 und 1993 beispielsweise die »Autonome Antifa Rathenow« und der »Roter Stern Premnitz« gegründet wurden.

In dieser ersten Generation von Antifas in der Region vereinigten sich vor allem Angehörige von Subkulturen, wie Punks, Grufties und Freaks, die durch die Auslebung ihres Lebensgefühls, gewollt oder ungewollt, am Rand der Gesellschaft standen. Die Zielrichtung der damaligen Genossen war deshalb auch auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Der Straßenterror der (Neo)nazis, der nicht nur auf Personen und Pkws beschränkt blieb, sondern sich auch auf die Demolierung kompletter Wohnhäuser ausdehnte, konnte damals nur durch aktiven Widerstand bekämpft werden.

Daneben versuchte die damalige Antifa aber auch durch politische Arbeit, Rechercharbeit und Demonstrationen, auf das Problem des (Neo)nazismus aufmerksam zu machen. Ein weiteres Ziel war

die Schaffung eines alternativen Jugendzentrums (AJZ), in dem Jugendliche fernab von Naziterror und bürgerlicher Spießgesellschaft ihre Kultur ausleben können.

Nachdem Mitte der 1990er Jahre (neo)nazistische Gewaltexzesse nachließen, rückte vor allem die Schaffung eines AJZ in den Vordergrund linker Politik im Westhavelland. Als dann Mitglieder der damaligen Antifa einen eingetragenen Verein gründeten und wenig später eine eigenes Domizil gegenüber der Stadt Rathenow durchsetzen, waren so bereits 1996 alle wichtigen Ziele erreicht.

Just in dieser Situation begann sich nun aber wieder die (neo)nazistische Szene in Rathenow und Premnitz zu verstärken. Wieder kam es zu brutalen Gewalttaten, wieder wurden Flüchtlinge, Angehörige alternativer Subkulturen, Freaks etc. attackiert. Die Konsequenz war die Gründung einer neuen Antifagruppe, der »Antifajugend Westhavelland«, die erstmals Aktivisten mehrerer Städte und Gemeinden vereinigte. Diese Gruppe orientierte sich zunächst an der Arbeit der »Autonomen Antifa Rathenow« bzw. der »Antifajugend Rathenow« und war zunächst

auch eher subkulturell dominiert.

Schnell wurde aber auch die Interaktion mit gesellschaftlichen Kräften und Parteien, wie der PDS gesucht, um den Kampf gegen den Faschismus auf breiterer sozialer Ebene zu führen.

Die Vorurteile gegen Antifas in der Region und das gesellschaftliche Desinteresse zum Thema (Neo)nazis führten aber nach dem fatalen Verbot einer anlässlich des Jahrestages der Befreiung angemeldeten Antifademonstration in Premnitz zu einem schnellen Ende ihres Engagements. Die »Antifa Jugend Westhavelland« löste sich so schließlich 1999 auf.

Eine kleine Gruppe machte jedoch als so genanntes »Antifaschistisches Autorenkollektiv«, mit dem Arbeitsschwerpunkt Recherche, trotzdem weiter. Das heißt die (neo)nazistische Szene im behandelten Gebiet wurde genauer untersucht und die Ergebnisse, konträr zu städtischen und polizeilichen Verschleierungsversuchen, in Dokumentationen veröffentlicht. Die Drahtzieher der regionalen (Neo)nazistruktur, deren Strategie und Taktik aufgezeigt wurden sowie Beispiele ihrer Umtriebe, wie Propaganda- und Gewaltdelikte, akribisch belegt.

Nach dem nun der (neo)nazistische Terror in den Jahren 2000 und 2001 weiter zunahm, motivierten sich dann auch wieder mehr, vor allem junge Menschen, den Kampf gegen Faschismus in der Region erneut aufzunehmen. Die »Antifaoffensive Westhavelland« und weitere Gruppen wurden gegründet, die sich schließlich im Bündnis »Antifaschistische Gruppen im Westhavelland« zusammenschlossen.

Wieder fanden Demonstrationen statt und die Recherche durch immer umfangreichere Publikationen zum Thema (Neo)nazis im Westhavelland perfektioniert. Erfolge konnten mit der Schließung der Nazikneipe »Don Promillos Pony Bar«, den Abzug der berüchtigten »Security Zarnikow« vom Rathenower Flüchtlingsheim und letztendlich dem Verbot der regionalen Kameradschaften »Hauptvolk« und »Sturm 27« gefeiert werden. Die (neo)nazistische Szene in der Region konnte jedoch dadurch nicht endgültig zerschlagen werden.

Im Gegenteil, selbstbewusst agiert seit 2005 die NPD mit einer regionalen Struktur im Raum Rathenow – Premnitz. Und längst bleibt deren Einfluss bzw. deren Einflussnahme nicht auf eine bestimmte Personengruppe beschränkt, die Partei sucht sich vor allem den Weg in die Mitte der Gesellschaft um letztendlich durch den Gang durch die Institutionen politischen Einfluss bzw. politische Macht zu erlangen.

► weiter auf Seite 14

Dabei bleibt der Fokus der (Neo)naziorganisationen nicht mehr, wie bei der DVU, auf Landtagsmandate beschränkt. Die feste Verankerung in lokalen Gemeindevvertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen, wie es beispielsweise die NPD plant, ist nämlich die Grundvoraussetzung für die Verwaltung einer Gemeinde, eines Kreises, eines Bundesland oder sogar des gesamten Staates.

Die zusätzlich versuchte Einflussnahme auf anerkannte gesellschaftliche Arbeit, wie der Altenpflege, der Kinderbetreuung, des Umweltschutzes etc., bedroht den demokratischen Rechtsstaat zudem viel subtiler als das klischeehafte Szenario vom Glatzkopf mit dem Baseballschläger und den Springerstiefeln.

Der Kampf gegen den (Neo)nazismus kann deshalb nur eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, die so nicht durch die Antifa allein bewältigt werden kann.

Hauptziel antifaschistischer Arbeit muss heute so mehr denn je, neben der ureigensten Aufgabe der Aufklärung von neonazistischen Tendenzen, die Interaktion zwischen zivilgesellschaftlichen Kräften sein, vor allem über die parlamentarische Ebene hinaus. Denn was nutzt es, wenn »PC-Politiker« ihre Haltung plakativ demonstrieren und der einfache Bürger daraus doch nur die Arroganz der Herrschenden interpretiert?

♦ **Antifaschistische Gruppen im Westhavelland**

► <http://westhavelland.antifa.net>

Berlin: Landesweite Volksentscheide

Immer wieder: Mehr Demokratie wagen!

Parallel zu den letzten Abgeordnetenhauswahlen 2006 fand eine Volksabstimmung zur Änderung der Landesverfassung statt. Mit diesen Änderungen sind zum ersten Mal in der Berliner Geschichte Volksinitiativen und -begehren auf Landesebene ermöglicht worden und zudem wurden die Hürden, um Volksabstimmungen zum Erfolg zu führen, gesenkt. Beide Veränderungen sind große Erfolge für die Erweiterung demokratischer Rechte.

Angestoßen wurden diese Verfassungsänderungen von *Mehr Demokratie e. V.* – einem Verein, der für mehr direkte politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger eintritt. *Mehr Demokratie e. V.* unterhält Strukturen in jedem Bundesland und bietet auf seiner Internetseite Informationen zu aktuellen Volksabstimmungen im ganzen Bundesgebiet an. Der Verein erfreut sich auch prominenter Mitglieder wie unter anderem der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (*DIE LINKE*).

Da eine Gesellschaft selten zu demokratisch sein kann, arbeitet *Mehr Demokratie e. V.* in Berlin nach dem großen Erfolg des letzten Jahres bereits wieder an einer neuen Kampagne. Ende 2007 bzw. Anfang 2008 wird sowohl ein Volksbegehren zur erneuten Änderung der Landesverfassung als auch eine Volksinitiative zur Änderung des Lan-

deswahlgesetzes gestartet. *Mehr Demokratie e. V.* und seine UnterstützerInnen streben damit Wahlgesetzänderungen in vielen Bereichen an. So sollen offene Parteilisten eingeführt werden, wodurch die WählerInnen die Möglichkeit bekommen sollen, unliebsame Kandidaten vom Listenvorschlag der Parteien zu streichen. Des Weiteren soll eine »Alternativstimme« eingeführt werden, die die Wähler-



So soll die Sperrklausel von fünf auf drei Prozent gesenkt werden, da stellenweise selbst Parteien, die 60 000 absolute Stimmen auf sich vereinigen konnten, dank der Höhe der Sperrklausel nicht im Parlament vertreten waren. Des Weiteren soll das Landeswahlalter auf 16 Jahren gesenkt werden. Für die bezirklichen Wahlen wurde das Wahlalter bereits gesenkt. Es gibt nun kein logisches Argument mehr, um sich einer Angleichung auf Landesebene zu verweigern. Neben diesen beiden Verfassungsänderungen soll der Senat von Berlin aufgefördert werden, eine Bundesratsinitiative zu starten, um das Bundeswahlgesetz in der Form zu ändern, dass auch MigrantInnen, die seit etlichen Jahren in diesem Land leben, auch ihre demokratischen Grundrechte hier ausleben und wählen dürfen.

Wir, [*solid*] Pankow, rufen alle auf, diese Kampagne zu unterstützen. Wir denken, dass es keinen rationalen Grund gibt, die politischen Teilhabemöglichkeiten der BürgerInnen in dieser Stadt eingeschränkt zu lassen. Wer sich über zu wenig Wahlbeteiligung und politisches Desinteresse unter Jugendlichen beschwert, sollte sich bewusst machen, dass die meisten Menschen das Gefühl haben, so wieso nichts verändern zu können. Daher werden wir auch immer wieder fordern, die Menschen besser in politische Entscheidungen einzubeziehen und mehr Demokratie zu wagen!

♦ **Basisgruppe [*solid*] Pankow**



Innen an ihre zweitpräferierte Partei vergeben können. Diese würde greifen, wenn die Partei der ersten Wahl an der Sperrklausel scheiterte. Somit sollen WählerInnen ermutigt werden, auch kleinere Parteien zu wählen, die normalerweise nicht die Fünf-Prozent-Hürde nehmen würden.

Neben diesen Gesetzesänderungen strebt *Mehr Demokratie e. V.* auch Verfassungsänderungen an.

- Alle Jahre wieder: Der Bürger als Souverän der Demokratie darf sein Kreuz machen. Wahlkampfplakate (hier von der letzten Abgeordnetenhauswahl in Berlin) sollen ihm in der Entscheidungsfindung helfen: Herr Wolf (Linkspartei.PDS) schreibt viel, sagt wenig; SPD und Grüne beschränken sich auf das (Un)Wesentliche; einzig Herr Pflüger von der CDU hat so etwas wie eine inhaltliche Aussage. Volkes Zorn und Verdruss entladen sich mehr oder minder kreativ an den großformatigen Abbildungen der Abgeordneten – so werden die Kreuzberg-Friedrichshainer Damen der SPD zu Opfern der Gesundheitsreformen, die ihre Partei zu verantworten hat. Eben gegen jene politische Ohnmacht, dieses »Die-da-oben-machen-ja-doch-was-sie-wollen«-Gefühl, wäre mehr direkte Demokratie ein geeignetes Mittel.



Drei auf einen Streich!

Drei Berliner Volksbegehren laufen noch bis zum 17. Januar 2008:

Unterschriftenformulare abholen und **aufbegehren!**

Am 18. Juni 2007 wurden durch das Bündnis gegen Privatisierung drei Volksbegehren für Berlin offiziell initiiert und ins Leben gerufen: Gegen mögliche Studiengebühren an den Berliner Hochschulen, für eine gemeinnützige Berliner Sparkasse und für die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe.

In dem Berliner Bündnis gegen Privatisierung schlossen sich im März 2006 verschiedenste Gruppen und Initiativen zusammen: Neben vielen unorganisierten Einzelpersonen aus dem Berliner Sozialforum sind auch Vertreter erfolgreicher und erprobter außerparlamentarischer Initiativen aktiv: *Initiative Berliner Bankenskandal, Initiative Zukunft Bethanien, Berliner Wassertisch, Berliner Mietergemeinschaft, Attac, Palastbündnis* und andere.

Für eine erfolgreiche Volksinitiative müssen innerhalb eines halben Jahres, also noch bis zum 17. Januar 2008, 20 000 Unterschriften gesammelt werden. Unterschriftsberechtigt sind alle EinwohnerInnen Berlins ab 16 Jahren.

Unsere Unis

Das erste Volksbegehren verlangt einen Passus in Landesgesetzen, der die Einführung von Studiengebühren verbietet. Außerdem wird die Demokratisierung der Universitätsstruktur gefordert. In den Gremien der Berliner Hochschulen verfügen die ProfessorInnen über eine Mehrheit der Stimmen. Die bereits 2003 von PDS und SPD zugesagte viertelparitätische Gremienbesetzung – Professorinnen, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, Hochschulpersonal und Studierende – soll endlich durchgesetzt werden. Zusätzlich soll der Zugang zum Masterstudiengang für alle Studierenden ermöglicht werden. »Im Zuge der europäischen Studienstruktureform werden die bestehenden Abschlüsse durch gestufte Studienabschlüsse ersetzt. Auf die erste Stufe – dem Bachelor Kurzstudium (B.A.) – folgt dann die zweite Stufe – ein Materstudium (M.A.). Beide Studiengänge zusammen sind vergleichbar mit herkömmlichen Abschlüssen wie ein Diplom, ein Staatsexamen oder ein Magisterabschluss. In einigen Bundesländern wurden schon Quoten für den Übergang zum Masterstudium beschlossen. Damit sichergestellt wird, dass die Studierenden nicht mit einem »halben Abschluss« direkt in die Arbeitslosigkeit ent-

lassen werden, fordern wir den uneingeschränkten Zugang zum Masterabschluss.«, formuliert das Bündnis für Solidarität und freie Bildung.

Unsere Sparkasse

Das zweite Volksbegehren bezieht sich auf den kürzlich geschehenen Verkauf der Berliner Sparkasse. Das Sparkassengesetz soll dahingehend verändert werden, dass ein Girokonto für jedermann garantiert wird. Ein Regionalprinzip soll gelten. Wer sein Geld zur Berliner Sparkasse bringt, der sollte sicher sein können, dass die Berliner Sparkasse das Geld nicht auf dem internationalen Finanzmarkt verspekuliert. Das Geld soll in Berlin bleiben, um kleine und mittelständische Betriebe zu finanzieren und um menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen! Die hohe Dichte des Filialnetzes und die Arbeitsplätze sollen abgesichert werden. Weiterhin wird gefordert, dass die gemeinwohlorientierte Verwendung eines Teils der Gewinne festgeschrieben wird.

Unser Wasser

Ein drittes Volksbegehren betrifft die teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe. Denn während RWE und Veolia ihre Gewinne aus dem Wassergeschäft einmal mehr steigern konnten, sank im letzten Jahr abermals die Anzahl der Beschäftigten. Investitionen in die kostbare Infrastruktur wurden kaum getätigt. Die wachsenden Gewinne basieren auf den jährlichen Wasserpreiserhöhungen, die wir als Verbraucher zu schultern haben. Alle die Berliner Wasserbetriebe betreffenden Verträge sollen nun offengelegt werden. Nur durch diesen Schritt kann eine unabhängige und kritische Prüfung erfolgen.

Die Unterschriftenbögen für die Volksbegehren stehen auf der Webseite zum Download oder können während der Büroöffnungszeiten (Montags bis Donnerstag 9 bis 17 Uhr und Freitags 9 bis 15 Uhr) bei der Grünen Liga Berlin (Prenzlauer Allee 230, 10409 Berlin) abgeholt werden. Die unterschriebenen Formulare können dort auch abgegeben oder dorthin geschickt werden. Ihr könnt euch auch an uns wenden, wir haben noch Unterschriftenbögen vorrätig: rotdorn@gmx.de. ♦ sk

www.unverkaeuflich.org



Am Samstag, dem 2. Juni 2007, berichtete die Nachrichtenagentur *dpa*, dass der Träger des alternativen Nobelpreises Walden Bello auf einer G8-Protestkundgebung gesagt hätte, dass »der Krieg in die Demonstration getragen werden müsse, da man mit friedlichen Mitteln nichts erreichen würde«. *SpiegelOnline*, *BILD*, *BZ*, die *Stuttgarter Zeitung*, die *Westdeutsche Allgemeine* und viele andere Medien übernahmen diese Meldung und schmückten sie aus, sodass Prof. Bello als Aufstachler der militanten Szene beschrieben wurde. Dieses Zitat ist weder wörtlich, noch sinngemäß gefallen. Stattdessen sagte Walden Bello, dass »der Krieg mit in die Diskussion des G8-Protestes eingebracht werden müsse, da es ohne Frieden auch keine Armutsbekämpfung geben könne«.

Drei Tage hatte die Nachrichtenagentur *dpa* gebraucht, um diese Falschmeldung zu korrigieren. Viele Medien indessen, die dieses Falschzitat übernommen und etwas hinzugedichtet hatten, sehen sich bis heute nicht in der Lage, eine Richtigstellung zu drucken oder sich bei den Lesern zu entschuldigen. Weiterhin war, im Zuge der Ausschreitungen am 2. Juni in Rostock, in vielen Medien von insgesamt 1 000 Verletzten, darunter 400 Polizisten die Rede. Politik und Medien titelten daraufhin mit der »Orgie der Gewalt«, »den potenziellen Mördern des schwarzen Blocks« sowie mit »Autonome schlagen alles kurz und klein«. Konservative Politiker nahmen alleine die Zahlen zum Anlass, mehr Härte zu fordern, indem man z.B. Gummigeschosse oder die Antiterrorismuseinheit GSG 9 gegen Demonstranten einsetzen sollte. Die Uni Klinik in Rostock und das Klinikum Südstadt registrierten zusammen jedoch nur insgesamt 518 Leichtverletzte, welche alle nach spätestens zwei Tagen ent-



Objektive Illusionen

Die Berichterstattung der Mainstream Medien über den G8-Protest zeigte deutlich, wie sie einzuschätzen sind. Die Bezeichnung der Mainstream Medien als »bürgerliche Medien« hatte einmal mehr seine Berechtigung. Schließlich zeigte die inhaltliche und visuelle Auseinandersetzung mit dem G8-Protest, dass die Mainstream Medien sich längst als Teil des politischen und ökonomischen Establishments begreifen.

lassen wurden. Schwerverletzte gab es nicht. Des weiteren behaupteten *BILD*, *SpiegelOnline*, die *Stuttgarter Zeitung* sowie *Cicero*, dass die sogenannte »Clowns Army« in ihren Wasserpistolen Säure versprühen und Polizisten mit Einwegspritzen angreifen würde. Bis heute

gibt es keinen Beweis für diese Behauptung. Es war eine eindeutige Lüge und Stimmungsmache gegen die G8-Demonstranten.

Dies sind nur wenige Beispiele von vielen Fehlern und Falschmeldungen bei der Berichterstattung des G8-Protestes (*vollständige Liste hier: <http://de.indymedia.org/2007/06/185734.shtml>*). Durch immer härteren ökonomischen und zeitlichen Druck der Journalisten kann das mal passieren, so die gängige Argumentation von Journalisten und Medien. Auch das »bad News« eben »good News« sind und Gewalt eben höhere Einschaltquoten bzw. höhere Verkaufszahlen bringen, ist keine Rechtfertigung. Wenn nämlich Falschmeldungen nicht korrigiert werden, keine Gegendarstellungen gedruckt werden oder absichtlich bestimmte Quellen ignoriert oder nicht aufgesucht werden, andere jedoch fast nur zitiert werden, dann ist das kein strukturelles Problem mehr, sondern liegt in der Verantwortung der Medien. Der Verdacht einer gezielten Meinungsmache erhärtet sich dann zunehmend.

Nach der Berichterstattung des G8-Protestes sollte für jeden feststehen, dass objektiver Journalismus eine Illusion ist. Jeder Journalist berichtet aus seiner subjektiven

Sichtweise heraus. Diese zeigt sich dann in der Wahl der Wörter, der selektiven Auswahl von Quellen und Bildern sowie die gezielt gesetzte Nachricht, dem sogenannten »Agenda Setting«. Selbst vermeintliche Fakten und Zahlen sind nicht wertneutral, da sie gezielt benutzt werden, um eigene Aussagen und Behauptungen zu untermauern. Außerdem sind die bürgerlichen Medien abhängig von Anzeigen- und Werbekunden, der eigenen Zielgruppe sowie häufig im Besitz eines großen Unternehmens, welches eigene Interessen verfolgt. Insofern zensieren viele Journalisten sich auch selbst, um inhaltlich und ideologisch redaktionskonform zu sein und um keine Rufschädigung zu erleiden.

Laut dem amerikanischen Sprach- und Medienwissenschaftler Noam Chomsky, »dienen die Medien den Interessen staatlicher und unternehmerischer Macht, die beide eng miteinander verflochten sind, und gestalten ihre Berichterstattung und Analyse auf eine Weise, die die etablierten Privilegien unterstützt und dementsprechend Diskussion und Debatte einschränken«. Die Berichterstattung der bürgerlichen Medien über den G8-Protest ist ein Beweis für diese These.



▪ Das einzige brennende Auto aus verschiedenen Perspektiven aufgenommen, suggeriert hier mehrere brennende Autos.

Venezuelas sozialistische Revolution

Die sozialistische Umorientierung der venezolanischen Revolution hat die erbitterte Feindschaft der Kapitalisten innerhalb und außerhalb Venezuelas ausgelöst. Nun wird ein internationaler Informationskrieg geführt, dessen Urheber auf die Unwissenheit einer breiten Öffentlichkeit setzen.

Seit der ersten Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten im Jahre 1998 hat es einige Zeit gedauert, bis der revolutionäre Prozess die Vorherrschaft des Kapitalismus entscheidend herausgefordert hat. Zunächst setzten Chávez und die bolivarianische Führung (nach Simón Bolívar, südamerikanischer Unabhängigkeitskämpfer des 19. Jahrhunderts – Anm. d. Red.) nur auf einen Staatsinterventionismus. Eine Reform der Klassenstrukturen mit dem Schwerpunkt Bildungs- und Gesundheitsreformen im Interesse der breiten Masse wurde aus den sprudelnden Öleinnahmen finanziert. Dazu kamen neue Rechte für Bauern und Fischer. All dies kam bei der armen Bevölkerungsmehrheit an und ermutigte die Massen dazu, sich erstmals überhaupt selbst in die Politik einzumischen.

Man kann Chávez viel vorwerfen, aber die Behauptung, dass er im Vergleich zu den »großen Demokratien« Europas ein diktatorisches Regime führe, ist absolut lächerlich. Venezuela ist im weltweiten Vergleich die Demokratie mit den stärksten Elementen direkter Beteiligung und Einwirkung des Volkes an den politischen Entscheidungsprozessen. So gibt es z. B. im Gegensatz zu Deutschland die Möglichkeit Parlamen-

tariet während ihrer Amtszeit wieder abzuwählen., falls sie ihre Wahlversprechen nicht halten.

Die politische Entwicklung von Hugo Chávez selbst ist ein Ausdruck der Ausweglosigkeit des Kapitalismus. Er sympathisierte in den 1980er Jahren mit der Guerrillabewegung im Land, die er als Soldat niederschlagen sollte. Der »Caracazo« (die mehrtägigen, ab dem 27. Februar 1989 begonnenen Aufstände in Caracas), war eine Rebellion der Armen gegen die vom Internationalen Währungsfond (IWF) vorgeschriebenen Angriffe auf den Lebensstandard der Massen und trieb Chávez wie auch viele andere Berufssoldaten nach links. 1992 organisierte er einen linken Aufstand, mit dem die korrupte Polit- und Wirtschaftsclique gestürzt werden sollte. Unter dieser Führung wurde die Nation an den US-Imperialismus gefesselt, der nach wie vor dringend auf venezolanisches Öl angewiesen ist. Das Konzept eines fortschrittlichen Antiimperialismus ist ein zentraler Bestandteil der revolutionären Bewegung und von Chávez' Gedankenwelt. In seiner diplomatischen Mission zur Isolierung Washingtons will er alle zusammenführen, die er für anti-imperialistische Verbündete hält; dabei sucht er die Zusammenarbeit mit globalen Antikapitalisten.

► weiter auf Seite 18



▪ »America Latina Unida« – Lateinamerika vereint – so der Titel des Wandbildes in Venezuelas Hauptstadt Caracas

Wahlen in Guatemala

Am 9. September 2007 fanden in Guatemala Präsidentschafts-, Parlaments- und Bürgermeisterwahlen statt. Nach einem extrem gewalttätigen Wahlkampf, in dessen Verlauf mehr als 50 linke Wahlhelfer und Kandidaten auf lokaler Ebene getötet wurden, verlief der Urnengang verhältnismäßig ruhig. Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, die für die Indianischen Organisationen in Guatemala kandidierte, beendete beispielsweise den Wahlkampf, in dem sie an der Beerdigung von vier ermordeten Mitstreitern teilnahm.

Bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl, bei der sich 14 Kan-

didaten bewarben, hat keiner die zum Sieg erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Am 4. November wird es eine Stichwahl zwischen dem Zentrumspolitiker Álvaro Colom von der Partei Nationale Einheit der Hoffnung (einer Partei sozialdemokratischen Zuschnitts) und dem rechtsgerichteten ehemaligen General Otto Pérez Molina von der Patriotischen Partei geben. Vor Redaktionsschluss lag nach zwei verschiedenen Nachwahlbefragungen zufolge Colom (zwischen 34-38 Prozent) vor Molina (zwischen 28-30 Prozent). Die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú landete da-

nach abgeschlagen bei 2,9 Prozent. Gewählt wurden auch die 158 Abgeordneten des Parlaments sowie 332 Bürgermeister.

Drohungen und Gewalt im Vorfeld der Wahlen, Wahlbeeinträchtigungen und Wahlstörungen zeigen, dass Guatemala noch lange nicht den Einfluss vom Militär und CIA abgeschüttelt hat. Die Wahlenthaltung der meisten indianischen Hochlandbewohner (mehr als 60 Prozent der Bevölkerung) weisen auf Resignation, Verzweiflung und Analphabetismus hin.

♦ Klaus Körner

Ein Hintergrundartikel über Guatemala folgt im Januarheft.



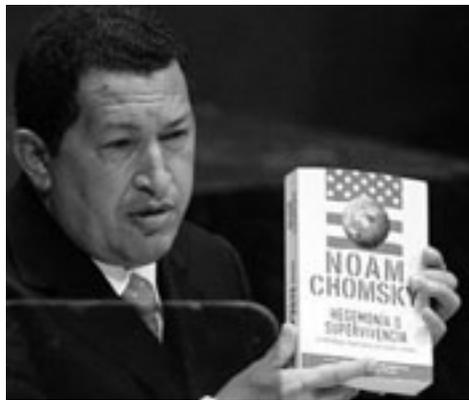
▪ Rigoberta Menchú

Gegen die venezolanische Revolution gab es schon Verschwörungen, einen Putsch, Schließungen der Ölförderbetriebe durch die Unternehmer und Wirtschaftssabotage, Attentatspläne gegen Chávez und einen Informationskrieg. Alles ist ausführlich dokumentiert. Die Revolution hat dies alles überstanden. Sie muss sich aber auf weitere Versuche dieser Art gefasst machen.

Mit vielen internationalen Initiativen hat Chávez die Verteidigung und Ausweitung der Revolution in Angriff genommen. Er möchte den Fußstapfen Simon Bolívars folgen und strebt ein einiges und gerechtes Amerika – Nord und Süd – an. Hierbei setzt er Wirtschafts- und Sozialprogramme zur Unterstützung der Armen und Bündelung der Interessen der Völker um. Die *Banco del Sur* (»Bank des Südens«), der neue internationale Sender *Telesur*, die Initiative *ALBA* (»Bolivarische Alternative für Lateinamerika«) sowie internationale Missionen gegen Erblindung, Armut und schlechte Wohnbedingungen sind mutige und dynamische Initiativen und wecken das Interesse an wirklichen globalen Entwicklungsmodellen.

Chávez möchte die Verfassung ausbauen und dabei das Recht zur Enteignung von Privateigentum festschreiben, um damit beispielsweise die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherstellen zu können. So hat er die venezolanische Bevölkerung dazu aufgerufen, auf brachliegendem Land in Privateigentum die Bewirtschaftung zu beginnen und seine Unterstützung zugesagt.

Die Massenbildung soll auf ein sozialistisches Bildungssystem hin ausgeweitet werden und den Arbeitern soll das Recht zustehen, drei Stunden wöchentlich zur Weiterbildung von der Arbeit freigestellt zu werden. Eine neue »Macht-Geometrie« soll verwirklicht werden. Damit soll die Bevölkerungsstruktur geändert werden, so dass neue und bessere Städte entstehen und das Verhältnis zwischen Stadt und Land organischer und gesünder wird. Volksräte übernehmen die Kontrolle in wichtigen wirtschaftlichen und ge-



■ Hugo Chávez bei einer Rede vor der UN: Ausdrücklich empfiehlt er die Lektüre von Noam Chomsky (dt. Titel: »Hybris – Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA«). Noam Chomsky ist Professor für Linguistik, einer der bedeutendsten Intellektuellen der USA und ein scharfer Kritiker der US-Politik. Nach Chávez' Rede verzehnfachten sich die Verkaufszahlen, das Buch wurde ein Bestseller.

sellschaftlichen Bereichen. Sie werden für eine Gruppe von 200 bis 400 Familien gewählt. Bei ihnen besteht Kontrolle sowie Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre.

RCTV, der größte und älteste Fernsehsender, der aktiv am reaktionären und CIA-gesteuerten Putschversuch im Jahr 2002 mitwirkte, bekam die Sendefrequenz nicht mehr verlängert. Diese Entscheidung wurde in den bürgerlichen Medien weltweit nahezu einmütig verurteilt. Die Kapitalisten konnten sich bisher immer darauf verlassen, dass die großen Medien den aktuellen Ist-Zustand, die Ausbeutung, Gewalt, Folter, Krieg und Zerstörung akzeptieren, die ihr System hervorbringt. Die Massenmedien sind ein zentrales Glied in der kapitalistischen Machtstruktur.

Die Revolution in Venezuela birgt Lehren für kommende Revolutionen des 21. Jahrhunderts in sich. Die Massenmedien sind ein hervorragendes Beispiel. Während sie über das Ende der Sendelizenz für den Privatsender *RCTV* ein Wehklagen anstimmten, verlieren die westlichen Medien kein Wort über das explosionsartige Wachstum neuer kritischer Medien in Venezuela – vor allem alternative Sender und

Internetplattformen. In Berlin kann man solche neuen elektronischen Medien wie *Vive TV* oder *Telesur* live im Netz ansehen. Sie ersetzen den ideologischen Apparat des Kapitalismus durch neue partizipative Medien. Wer eine radikale Gesellschaftsveränderung anstrebt, der sollte sich die neuen Medien in der venezolanischen Revolution genauer ansehen.

Nun hat Chávez die Verstaatlichung wichtiger Betriebe »von oben« angepackt, und er hat die Arbeiter dazu aufgerufen, stillgelegte Betriebe selbst in die Hand zu nehmen. Dies ist in verschiedenen Formen von Arbeiterkontrolle und Mitbestimmung erfolgt.

Die Verstaatlichung der bisher in Besitz von US-Kapital befindlichen Telekom-Gesellschaft *CAN-TV* und des Stromversorgers *Electricidad de Caracas* und neue Kontrollen über ausländische Erdölgesellschaften haben die Investoren in aller Welt erschüttert. In diesem Jahr sind die Auslandsinvestitionen um 92 Prozent zurückgegangen. Die Wirtschaftssabotage insbesondere im Lebensmittel- und Erdölbereich hat die Produktion und Versorgung behindert.

Die Anregung von Präsident Chávez zur Gründung einer Vereinigten Sozialistischen Partei hat ein unerwartet starkes und so noch nie dagewesenes Echo gefunden. 5,6 Millionen Menschen haben ihren Beitritt erklärt. An einigen Orten haben sich dafür mehr Menschen gemeldet als in der letzten Präsidentschaftswahl Chávez gewählt haben. Diese Partei hat das Potenzial für eine revolutionäre Massenpartei. Innerhalb dieser Partei gruppieren sich die aktivsten Kräfte der Revolution, aber es gibt auch Gruppierungen, die den Status Quo bewahren wollen. So werden die Debatten und Kräfteverhältnisse innerhalb der neuen Partei maßgeblich das Schicksal der Revolution bestimmen.

♦ heiko@khoo.org

➤ www.haendewegvonvenezuela.org

✦ **Rotdorn Radio:** In mehreren Sendungen hatten wir die Situation Venezuelas thematisiert, aktuell am 24. September 2007; zum Download unter: www.rottdorn.org

POLITISCHES NEUSPRECH

George Orwell stellte in seinem Buch »1984« die These auf, dass wer die Sprache gezielt verändert, damit sogleich das Denken in eine bestimmte Richtung lenken will. Sollten wir so denken, wie wir sprechen, so ist eine Sprachmanipulation zugleich auch immer eine Gedankenmanipulation. In dieser Rubrik sollen ab sofort Begriffe im politischen Alltag näher erläutert und kritisch analysiert werden.

diesmal: EIGENVERANTWORTUNG

In der politischen Debatte wird immer wieder von Eigenverantwortung als neue Leitmaxime gesprochen. Als »EIGENVERANTWORTUNG« bezeichnet man zunächst die Fähigkeit und die Bereitschaft, für das eigene Handeln, Reden und Unterlassen Verantwortung zu tragen.

Die politischen Akteure benutzen diesen Begriff jedoch, um den Sozialabbau, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und die Privatisierung von Lebensrisiken der Menschen in Deutschland zu verschleiern. Der Begriff an sich ist wertneutral, er wird jedoch in einer Art benutzt, welcher den Abbau des Sozialstaats und die Ökonomisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse betont und fordert. Der neoliberale Gedanke der dahinter steht heißt: »WENN JEDER AN SICH DENKT, IST AM ENDE AN ALLE GEDACHT«. Es wird zudem so getan, als hätte jeder Mensch die gleichen sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Chancen und jeder sei selbstverantwortlich, was er daraus macht. Dass dem nicht so ist, hat die PISA Studie eindringlich bewiesen. Infolgedessen ist »EIGENVERANTWORTUNG« für Menschen mit ausreichend Kapital und Vermögen sehr bequem, da diese keine solidarischen Leistungen mehr entrichten müssen.

Für Menschen, die unter der Armutsgrenze leben ist der Begriff Zynismus. Die Bundesverfassungsrichterin Christine Denhardt sprach davon, dass die Debatte um Eigenverantwortung und Freiheit dort erblühe, wo die Ökonomie keine Grenzen mehr kenne. Zuwachs von Freiheit auf der Unternehmenseite bedeute häufig zugleich den Verlust von Rechten, Ressourcen und Freiheiten auf der anderen, der Arbeitnehmerseite.

Gerhard Schröder sprach übrigens in seiner Agenda 2010-Rede vom 14. 03. 2003, achtzehnmal von (Eigen-)Verantwortung. Jedoch nicht in dem Sinne, dass Abgeordnete keine lebenslangen Pensionen und Manager, welche weitreichende Fehlentscheidungen getroffen haben, keine großen Abfindungen mehr erhalten sollen. Sondern in dem Sinne, dass die Sozialleistungen des einfachen Arbeiters gekürzt oder gestrichen werden müssten. Eigenverantwortung und Freiheit können jedoch nur realisiert werden, wenn die soziale Existenz gesichert ist – und gerade die wird durch den Sozialabbau immer weniger ermöglicht.

Termine

18. - 21. Oktober 2007, Cottbus
2. Sozialforum in Deutschland

Unter dem Motto »Die besse-
re Welt gemeinsam gestalten«
treffen sich verschiedene
zivilgesellschaftliche Grup-
pen und Gewerkschaften aus
ganz Deutschland in Cottbus,
um eigene Vorstellungen und
Vorschläge für eine gerechte,
ökologische und friedliche Ge-
sellschaft zu diskutieren. Da die
Herrschenden keine Lösungen
für drängende Probleme wie
Massenarbeitslosigkeit, stei-
gende Armut oder Klimaschutz
anzubieten haben, möchte das
bundesweite Sozialforum eine
Plattform darstellen, um gesell-
schaftliche Alternativen zu erar-
beiten. Zudem soll das deutsch-
landweite Sozialforum die
regionalen sozialen Bewegungen
koordinieren und vernetzen.
Insofern sollen Möglichkeiten
formuliert werden, erarbeitete
Alternativen wirksam in die
Öffentlichkeit zu tragen.
Ab Berlin können wir noch ein paar
Leute im Auto mitnehmen. Meldet
euch bei uns: rotdorn@gmx.de.
www.sozialforum2007.de

27. Oktober 2007, Arena Berlin
Konzert: Manu Chao



aktuelle Termine auf www.rotdorn.org

Leserbriefe

Hallo Rotdornredaktion,

ich falle mit 42 Jahren ziemlich aus Eurer Ziel-
gruppe heraus, fand aber Euren Artikel über
»Killerspiele« gut und Streitbar. Und das soll ein
Artikel wohl auch sein.

Folgende, wenn auch scheinbar, »rhetorische«
Fragen, hätte ich gerne gelesen: Wie kommt es ei-
gentlich dazu, daß junge und alte Menschen soviel
Zeit in einer medialen Welt verbringen? Anstatt
sich um die eigene, aber auch eine gesellschaft-
liche Zukunft zu kümmern? Warum fällt keinem auf,
daß das Wort »Ego-Shooter«, derart militaristisch
ist, und wiederum darauf abzielt, seinen Erfolg in
der medialen Welt zu suchen, anstatt in der realen?
Das ist der Fluch der militarisierten, entpoliti-
sierten Spaß- und Lachgesellschaft – das sie die
virtuelle Welt als Ersatz zuläßt.

Da bin ich dann auch ein scharfer Kritiker, wenn
ihr schreibt, daß diese Spiele, zur »Alltagskul-
tur« gehören – nein das ist keine Kultur! Das ist
Verdummung, Ablenkung und Gehirnwäsche pur!
Alltagskultur sind zum Glück immer noch jene
engagierten, fragenden, konsumkritischen Jugend-
lichen, die sich sammeln in fortschrittlich kritisch
nachdenklichen Schülerzeitungen, im sozialen und
kulturellen Ehrenamt, in sachlichen Jugendorgani-
sationen usw. – das ist für mich Kultur!

Und ich frage nochmals, was treibt Jugendliche in
die Fänge von Bildschirm und Spielernachern? Das
ist für mich die fehlende gesellschaftliche Perspek-
tive, die gerade jugendliche Menschen klar erken-
nen. Die kämpfen und dann den zynischen Satz lesen
müssen: bei uns nicht, aber wir wünschen Ihnen für
den weiteren Lebensweg viel Erfolg. Das deprimiert
unsere ohnehin schon entrechtete Jugend mehr, als
jede Diskussion über Neoliberalismus.

Ich wünsche mir – auch wenn ich über der Alters-
norm liege, einen noch kritischeren Touch der
Sprache, ein wirkliches Bloßlegen der »Anschiss-
Phänomene« der Gesellschaft, und neue Anre-
gungen, über das, was wir wollen, eine menschlich-
solidarische Gesellschaft!

Beste Grüße, Alexander

Hallo Redaktion,

Danke für den Bericht über »Coca-Cola«. Ich habe
das noch nie getrunken, aber eigentlich muß man
auch »Bionade« blockieren, denn seit Mitte 2004
übernimmt Cola für »Bionade« den Vertrieb. Ver-
dient also daran... und ich finde die Politik von
»Coca-Cola« so verantwortungslos, daß man den
Konzern in keiner Weise finanzieren kann, auch
nicht über »Bionade«.

Viele Grüße, malah

Hallo Rotdornredaktion!

Ich bin aus der Schweiz und habe 2004 in Berlin
mehrere Rotdornhefte in die Hand bekommen.
Kürzlich habe ich sie wieder gefunden und ange-
fangen zu lesen. Eure gut recherchierten Artikel
haben mein Interesse an einer aktuellen Ausgabe
geweckt. Finde es super, dass ich diese im Inter-
net lesen kann.

Ich bin zwar politisch nicht besonders aktiv, be-
schäftige mich aber doch damit und bin auch hin
und wieder an Demos zu sehen.

Macht weiter so! Es braucht Euch! Viel Erfolg!

aufmucken-gegen-rechts.de

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

„NPD-Verbot jetzt!“ unterstützen
und online unterschreiben!

www.npd-verbot-jetzt.de

* i m p r e s s u m

Rotdorn
erscheint dreimal jährlich und hat
diesmal eine Auflage von 9000 Ex-
emplaren

17. Jahrgang Nr. 48 03/07

V.i.S.d.P.
Die Rotdornredaktion

Herausgeber
[solid] Brandenburg/Berlin
www.solid-web.de
www.solid-brandenburg.de
www.solid-berlin.org

Kontakt
Rotdorn
Postfach 8701 06
13161 Berlin
fon: (030) 44046156
mail: rotdorn@gmx.de
web: www.rotdorn.org

Bankverbindung
Inhaber: solid e.V.
Kontonummer: 43 93 85 15 00
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: Rotdorn

Redaktionsschluss Ausgabe 49:
21. November 2007

Ich will mitmachen!

Wir brauchen immer kluge Köpfe und
helfende Hände! Wir melden uns bei Dir
und laden Dich zu einem unserer näch-
sten Redaktionstreffen ein.

Ich brauch ein Abo!

Das Abo kostet 3 Euro pro Jahr (Bank-
verbindung siehe Impressum). Gerne
schicken wir Dir ein paar mehr Rotdörner
zum verteilen. Anzahl:

Bitte mit
45 Cent
frankieren

Name

Straße

PLZ Ort

eMail Tel.

Den Rotdorn 48 fand ich

Themenauswahl (Note 1-6) Aufmachung: (Note 1-6)

Bester Artikel

Warum? Weil

Deine Kritik

Ich habe den Rotdorn Ort, Anlass, Begebenheit erhalten.

Ich lese den Rotdorn zum Mal Ich bin Jahre alt

An
Rotdorn
Postfach 8701 06
13161 Berlin



ROTDORN RADIO:

MIT WECHSELNDEN THEMENSCHWERPUNKTEN
MACHEN WIR POLITISCHES JUGENDRADIO
MIT STUDIOGÄSTEN, LIVEMITSCHNITTEN
UND MUSIK VON REGGAE/SKA
UBER HIP-HOP BIS PUNK.

WÄHREND DER SENDUNG IST EIN
ZUHÖRER(INNEN)TELEFON FREIGESCHALTET:
030/46400517

EINSCHALTEN UND MITDISKUTIEREN!

AN JEDEM 2. UND 4. MONTAG
IM MONAT UM 20 UHR
AUF DEN FREQUENZEN DES OKB
IN BERLIN:

ANTENNE 97,2 ODER KABEL 92,6
ANDERSWO:
LIVESTREAM AUF WWW.OKB.DE



ALLE SENDUNGEN ALS MP3-FILE ZUM DOWNLOAD UNTER: WWW.ROTDORN.ORG